

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheinungswöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seidenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Jeder ein Held!

Eine Welt voll Helden — das ist's, wonach wir trachten. (Carlyle.)

Mut, Kraft und Sieghaftigkeit sind die Kennzeichen des Helden. Wenn ihre Entfaltung an außerordentliche Lebensereignisse gebunden wäre, hätten die wenigsten Menschen Aussicht, Helden zu werden. Zum Glück fordert das tägliche Leben von jedem Mut, Kraft und Sieghaftigkeit.

Es ist keine geringe Lebensforderung, tagaus, tagen dieselbe Arbeit zur bestimmten Zeit in gleichmäßigem Eifer auszuführen, vielleicht unter großer körperlicher oder geistiger Anstrengung, vielleicht in unangenehmer Gesellschaft. Ich in diesem Falle nicht niederbeugen zu lassen, sich nicht heraus zu wünscheln aus der brütenden Atmosphäre, dazu gehört die bewusste Entschlossenheit, dort auszuharren, wo einem der Lebensplan angewiesen wurde. Der frische Mut, mit dem der Arbeiter zu seiner Arbeitsstätte geht, nährt zugleich seine Kraft, die es ihm ermöglicht, gute und ganze Arbeit zu leisten. Jeder Arbeiter, der in Zufriedenheit seine schwere, vielleicht an sich freudarme Arbeit meistert — ist ein Held.

An keiner Ecke geht das Leben vorbei, hier tritt es ein in Gestalt eines materiellen Schabens, dort in Form einer langwierigen Krankheit oder sogar als der unerbittliche Tod. Wie viele tragen einen verborgenen Kummer in der Welt, der doppelt schmerzt, je weniger er sich kundgibt! Ein selbsterlösender Unglück aus andere: Die Wolken wollen nicht weichen und die Sonne will nicht mehr scheinen. Tausende fallen dem Leide zum Opfer, lassen unter seiner Wirkung ihre beste Kraft und alle Lebensfreude verkümmern. Es ist Willenssache, dem Leide entgegenzutreten, ihm die Spitze zu bieten und zu sagen: „Ich bin stärker als du.“ Helden sind alle, welche die Dornenkrone des Leidens allredlichen Hauptes tragen und in Kraft ihren Lebensweg gehen, wie auch das Herz blüht.

Die wenigsten kommen in die Lage, auf offenem Felde dem Feinde gegenüberzutreten — aber niemand kann den Feinden entgehen, die im Alltagsleben lauern. Den Feinden des Vorurteils, der öffentlichen Meinung, des Klatsches, den Feinden des stark wirkenden bösen Beispiels, den Feinden in der eigenen Brust. Der Held auf dem Kampfplatz muß dem Feinde kühn ins Auge sehen können; es gehört schon Mut dazu, die Feinde des täglichen Lebens nicht übersehen zu wollen, um nicht kämpfen zu müssen. Es muß heißen: „Augen offen, zielbewußt kämpfen, sicher treffen.“ Der Kampf wiederholt sich Tag für Tag; der Sieg wird gewisser, Mut und Kraft wachsen mit jedem Siege. Der Kleinkampf des täglichen Lebens kann die größten Helden schmieden.

So viele Schwächlinge gegenwärtig die Welt verunsichern, so viele Helden könnten ihre ein herrliches Gepräge menschlicher Kraft und Sieghaftigkeit geben.

Handelspolitik und Arbeiterinteresse.

Unter Handelspolitik verstehen wir alle die Maßnahmen, die der Staat zur Förderung des Handels unternimmt, zur Förderung des Handels und damit auch zu der der Industrie und Landwirtschaft. Der größere soziale Zweck ist, unserer sich stetig vermehrenden Bevölkerung Beschäftigung zu bieten, damit sie sich ihren Lebensunterhalt im eigenen Lande verdienen kann.

Zwei Systeme sind es hauptsächlich, um die sich heute der Kampf der Meinungen dreht: der Schutz Zoll und der Freihandel. Das Wesen des Schutz Zollsystems liegt darin, daß von bestimmten ausländischen Waren, Industrieerzeugnissen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, beim Uebergang über die Grenze eine Abgabe erhoben wird. Der Freihandel kennt eine solche Beschränkung des Verkehrs nicht, wenigstens nicht aus dem gleichen Zweck. Dieser ist beim Schutz Zoll, wie der Name sagt, ein heimisches Gewerbe zu schützen. Er wird durch Vertierung der ausländischen konkurrierenden Waren um den Betrag des Zolls erreicht. Dadurch ist es möglich, die inländischen Produkte zu einem Preis zu verkaufen, der etwa gleich ist dem Verkaufspreis der ausländischen und Zoll. Die beabsichtigte Wirkung des Schutz Zolls ist also eine Vertierung der geschützten Artikel, die niedriger im Preise stehen, wenn dieser nach dem Weltmarkt, rein nach Angebot und Nachfrage bestimmt würde. Es ist natürlich nur da ein Schutz Zoll sinnig, wo das Ausland in der Lage ist, den heimischen Produkten eine vernünftige Konkurrenz zu machen, es aber aus höheren Gründen gehoben erscheint, die betr. Produktionszweige unseres Vaterlands zu erhalten. Darüber müssen wir uns klar sein, daß ein Schutz Zollsystem Opfer, manchmal erhebliche Opfer von der heimischen Bevölkerung verlangt, Opfer, die allerdings wieder durch Vorteile ausgeglichen werden.

Der Freihandel kennt keinen Zoll, um einen Gewerbezweig zu schützen, wohl aber solche, die einen finanziellen Zweck haben, d. h. solche, die der Staat für seine Finanzen benötigt. Die Zölle, die hier auferlegt werden, beschränken sich meist auf Waren, die das Ausland nicht oder nur in ganz unbedeutender Menge produziert. Das vielgerühmte Land des Freihandels ist England. Die meisten aber, die bei uns Gegner des Schutz Zolls sind, wissen nicht, daß die Zollmaßnahmen Englands bedeutend höher sind als unsere und durchweg von Produkten stammen, die dem Massenkonsum dienen. Die Gesamteinnahmen aus den Zöllen betragen 1904 520,600 Millionen M., oder auf den Kopf der Bevölkerung 8,71 M. Auf England entfielen im gleichen Jahre 708,338 Mill. M.

Gesamteinnahmen aus Zöllen, was pro Kopf der Bevölkerung über 11 M. ausmacht. Dabei entfällt bei weitem die größte Summe auf Tee, Kaffee (1), Tabak und Spirituosen. Uns interessiert hier nun besonders eine Frage: **Wie stellt sich der Arbeiter zu den genannten Handelsystemen?**

Bevor wir jedoch zur Beantwortung schreiten, müssen wir die Entwicklung der Zölle in Deutschland etwas näher betrachten. Diese hängt eng zusammen mit der Entwicklung Deutschlands vom reinen Agrarstaat zum Agrar-Industriestaat. Bis zur Einigung des Deutschen Reiches können wir von Deutschland als einem Agrarstaat sprechen. Der größte Teil der Bevölkerung lebte von und in der Landwirtschaft. (1871 lebten 63,9% der ganzen Bevölkerung in Gemeinden bezw. Wohnplätzen mit weniger als 2000 Einwohnern, 1880 waren es nur noch 58,6, 1890 53 und 1900 45,7%. Während 1882 die landwirtschaftliche Bevölkerung noch 42,5% der Gesamtbevölkerung betrug, ist sie heute auf 1/3 zurückgegangen; an die erste Stelle ist die gewerbliche Bevölkerung mit 39,1% gestiegen gegen 35,5 i. J. 1882.) Im Anfang der siebziger Jahre setzte dann eine Umwandlung ein, die heute noch ihren Fortgang nimmt. Neben der Landwirtschaft entwickelte sich rasch, überraschend eine Industrie; die Spekulation in Industriepapieren nahm ungeheure Formen an, eine Gründung brachte die andere. Von dem Raubel, rasch und mühelos Geld zu erlangen, wurden alle Kreise der Bevölkerung ergriffen. Dieser „Gauß“ des Wirtschaftslebens, die nicht zum wenigsten den 6 Milliarden Kriegsschuldigung zu danken war, mußte der Straß folgen, und er kam mit einer Wirtschaftskrise, die Deutschland mit einer solchen Gewalt seither nicht mehr verspürt hat.

Deutschland war als Agrarstaat im wesentlichen ein Freihandelsstaat gewesen. Als dann der große Aufschwung in den genannten Jahren kam, wußte man den Freihandel nicht genug zu loben, dem man allein die ganze Entwicklung zuschrieb. Und darin waren sich, was wohl zu merken ist, Industrie und Landwirtschaft durchaus einig. Die Strömungen änderten sich in den Kreisen der ersten sofort, als sich die furchtbaren Folgen der Krisis bemerkbar machten, die durch die freie ausländische Konkurrenz noch verschärft wurden.

Wenn auch die Landwirtschaft an sich durch die gewaltige Erschütterung, welche die junge Industrie erlitt, nicht direkt getroffen wurde, so sollte sich doch auch hier bald ein Wandel der Anschauungen

merkbar machen. Deutschland hat bis in die siebziger Jahre mehr Getreide produziert als konsumiert, einen nicht unbeträchtlichen Teil konnte es ausführen; das änderte sich mit dem Anwachsen der Bevölkerung, die sich ja gerade in den siebziger Jahren ungeheuer rasch vermehrte. (Die Bevölkerungszahl betrug 1871 41 060 792, 1880 45 236 061, 1890 49 428 470, 1905 60 041 278.) Die Tatsache an und für sich hätte ja nur der Landwirtschaft nur zum Vorteil sein können — die Getreidepreise hätten doch dadurch eine gewaltige Steigerung erfahren müssen — wenn nicht fast zu gleicher Zeit ein ausländischer Konkurrent auf den Markt getreten wäre, der die deutsche Landwirtschaft an den Rand des Verderbens brachte. Amerika warf gerade um diese Zeit ungeheure Mengen von Getreide auf den Weltmarkt zu Preisen, die weit hinter denen zurückblieben, welche die alten Kulturländer erlangen mußten. Reichlicher jungfräulicher Boden stand zur Verfügung, der ohne weitem und ohne größeren Aufwand reichlichere Erträge lieferte, als die alten Böden. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen auch die landwirtschaftlichen Kreise und das mit nicht geringerer Berechtigung als die industriellen nach Schutz Zöllen verlangten.

Ein drittes, außerhalb der beteiligten Kreise liegendes Moment kam hinzu, das die Einführung von Schutz Zöllen außerordentlich begünstigte — die schlechte Finanzlage des Reiches. Die Steuererlöse griffen den Ruf nach Schutz Zöllen gern auf; bot sich ihnen doch hier eine ausgiebige Einnahmequelle dar!

Im Jahre 1879 kamen **die ersten Schutz Zölle** sie waren im Vergleich zu den heutigen allerdings außerordentlich niedriger. 1873 war der Zoll auf Mehl ganz aufgehoben worden, 1877 sollte die Aufhebung der Zölle auf die meisten Eisenwaren folgen; doch dazu kam es nicht. Auf Weizen der Eisenindustrie wurde beinahe 1879 der Schutz Zoll wieder eingeführt, und zwar mit 1 M. pro 100 Kilogramm. Den gleichen Schutz Zoll erlangte die Landwirtschaft auf Weizen, Roggen und Hafer. In der Folge erhoben aber diese Sätze eine bedeutende Steigerung — für die Industrie in den Jahren 1881 und 1885; für die Landwirtschaft 1885 und 1887. Der Zoll für Weizen wurde 1885 auf 3, und 1887 auf 5 Mark erhöht. Eine etwas mäßigeren Richtung trat ein mit der Inaugurierung von

Handelsverträgen im Jahre 1891, dagegen brachte der neue Zolltarif und die 1906 in Kraft getretenen Handelsverträge wieder eine Reihe von Erhöhungen, speziell für die Eisenindustrie.

Wenn im Anfang Industrie und Landwirtschaft einig gewesen waren in dem Ruf nach Schutz Zöllen und beide einander gern geholfen hatten, sie einzuführen, so änderte sich das später. Es wäre töricht, wollte man den tiefen Gegensatz, der, rein äußerlich betrachtet, zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht, leugnen. Die Industrie hat ein Interesse daran,

daß der Preis landwirtschaftlicher Erzeugnisse möglichst niedrig ist, weil der ein wichtiges Moment bei der Preisbildung der „Ware Arbeit“, die sie ja in reichlichem Maße braucht, bildet. Umgekehrt liegt der Landwirtschaft daran, daß die Preise hoch sind. So tief, wie es auf den ersten Blick erscheinen möchte, sind allerdings die Gegensätze nicht. Durch die landwirtschaftlichen Schutz Zölle ist es erreicht worden, daß die Lage unserer Landwirte wieder eine befriedigende ist. Und dieses kommt in erster Linie der Industrie zugute, denn die

Aufnahmefähigkeit des Marktes für Industrieerzeugnisse in Deutschland selbst ist dadurch außerordentlich gewachsen. Besonders unsere Maschinenfabriken sind an einer gesunden Entwicklung unserer Landwirtschaft interessiert, denn nur in diesem Falle werden reichliche Bestellungen einkommen.

Mit diesen Ausführungen ergibt sich eigentlich die Antwort auf die oben gestellte Frage von selbst; was im Interesse der Industrie ist, liegt auch in dem der von ihr Beschäftigten. Das ist allerdings nicht zu leugnen, daß besonders die Schutz Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse stark belasten, nicht nur den Arbeiter, sondern die ganzen konsumierenden Massen. Friedrich List, der bekannte Vertreter der Schutz Zölle, hat es als deren höchste Aufgabe bezeichnet, daß sie sich selbst überflüssig machen; das ist dann der Fall, wenn der durch sie geschaffte Gewerbezweig in den Jahren des Schutz Zolls durch diesen so erstarbt ist, daß er ihn nicht mehr braucht, daß er ruhig die Konkurrenz mit dem Auslande aufnehmen kann. Was wir heute in der Landwirtschaft so weit sind, wird wohl niemand, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, behaupten — andererseits liegt es aber im Interesse aller, daß ein Schutz Zoll unter keinen Umständen das notwendige Maß überschreitet. — Wenn wir die

Stellung des Arbeiters zum Schutz Zoll auf Produkte der Industrie betrachten, so ist auch hier der Angelpunkt: Kann unsere Industrie ohne Schutz Zölle bestehen? Das darf man heute genau wie bei der Landwirtschaft mit einem glatten Nein beantworten. In den volkswirtschaftlichen Rundschau wurde schon öfters darauf hingewiesen, daß unsere heimische Industrie — speziell deren wichtigste — die Metallindustrie, in der Lage ist, Mengen zu produzieren, für die keine Aufnahmefähigkeit im eigenen Lande besteht. Sie ist auf den Export angewiesen. Da ergibt sich für sie aber die große Schwierigkeit, daß die andern Länder, insbesondere Amerika, ihre eigene Produktion durch hohe Zölle geschützt haben, die selbst eine blühende Industrie entstehen könnten, die vielfach noch billiger produzieren als die deutsche, auf den Export ebenfalls angewiesen ist. Daß da das deutsche Exportgeschäft keinen übermäßigen Gewinn bringen kann, liegt auf der Hand. Man bedenke nun, die Industrie wäre bei uns mehr als der Konkurrenz der ausländischen preisgegeben — die Folgen wären heute gar nicht zu übersehen — das eine aber ist sicher, am meisten hätten die Arbeiter darunter zu leiden. Wenn an den Produktionskosten gespart werden muß, hat man es allemal noch zuerst bei den Arbeitern versucht. Wenn wir bedenken, daß ganz zweifellos durch die verschärfte Konkurrenz ein namhafter Teil der Betriebe, die sich jetzt schon nur mühsam über Wasser halten, eingehen würde, so können wir eben nur wünschen im eigenen Interesse der Arbeiter, daß dieser Fall nicht eintritt. Das Inland muß dieses Opfer auf sich nehmen, wenn es nicht will, daß weite Kreise der bittersten Not anheimfallen. Aber auch hier gilt das für die Landwirtschaft Gelagte, die unbedingt notwendige höchste Grenze darf der Zoll nicht überschreiten.

Die Wirkung des Schutz Zolls für die Metallindustrie war eine außerordentlich günstige, vielleicht was die Vermehrung der Werke und Produktion betrifft, zu günstig! Diese betrug 1870 an Hoheisen 1 390 Mill. Tonnen, sie stieg bis zum Jahre 1880 auf 2 729 Mill. To. Gegen 1879 bedeutet letztere Zahl eine Steigerung von 502 Mill. To. Die Wirkung des Schutz Zolls läßt sich hier unschwer erkennen. Die gesamte Hoheisenproduktion betrug 1905 10 875 Mill. To. im Werte von 578,7 Mill. M. Auch die anderen Zweige der Metallindustrie — Hütten, Eisengießereibetrieb usw. — weisen eine jährlich steigende Vermehrung der Produktion auf. Mag sein, daß diese heute tatsächlich eine Überproduktion bedeutet. Wir müssen aber nun einmal mit den tatsächlichen Verhältnissen rechnen, und die sagen uns, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft ihr Brot verliere, wenn die Industrie nicht geschützt würde, und der andere in seiner Lebenshaltung zweifellos tiefer sank. Es gehört keine besondere Kenntnis der Dinge dazu, über die „Brotverteuerer“, „Brotwucherer“ und wie die geschmackvollen Ausbrüde alle lauten mögen, loszusprechen. Schwieriger ist es schon, unser Wirtschaftsleben unter Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse zu messen. Jeder, der hier ohne parteiisamische Lebenskraft urteilt, muß wenigstens zu der Erkenntnis kommen, daß eine plötzliche Forderung unseres Schutz Zollsystems von Folgen begleitet sein müßte, die gerade den Arbeiter am meisten schädigen dürften. Wenn irgendwo, so darf sich gerade hier sein Interesse mit dem der Industrie. Derartige Erwägungen können natürlich nur bei Arbeitern durchdringen, die bestrebt sind, ihre Lage zu verbessern, ihre Arbeit sich zu erhalten, nicht aber bei solchen, die in einem schönen Zukunftsraum befangen und gebildet von dem Haß gegen alles Bestehende, den Blick für die tatsächlichen Verhältnisse im Wirtschaftsleben verloren haben.

Zur Situation im 2. (rheinischen) Verbandsbezirk.

Die tropische Hitze des Hochsommers wirkt im allgemeinen lähmend auf das sonst lebhaft pulsierende Volksleben. Ermattet senkt und drängt die Menschheit nach Ausspannung, Ruhe, Erholung. Das gewerkschaftliche Leben der Zeit, namentlich im rheinischen Bezirk, zeigt ein entgegengelegtes Bild: rastloses Streben und Ringen zur Durchföhrung gewerkschaftlicher Aufgaben, vorhandene und drohende Kämpfe, Wohnbewegungen und Streiks kennzeichnen — abgesehen von einzelnen Orten — die Situation. Mehrfache Vorgänge der letzten Zeit und die dabei zutage getretenen Symptome sind für die Gesamtheit unserer Kollegen von solch eminenter Bedeutung, daß eine, wenn auch knappe Darstellung derselben geboten erscheint. Zunächst einlezes von dem gesamten Gewerkschaftsleben den Stempel aufdrückenden

Lohnkämpfen und Streiks.

Eröffnung der den Meilen mit der Eröterung der Kämpfe in der rheinischen Metropole — Köln. Nicht weniger wie 18 Bewegungen, von denen 4 zum Streik führten, fanden hier im ersten Halbjahr 1911 statt. Der erste erfolgreiche Streik in einem Großbetrieb der Metallindustrie des Kölner Industriebezirks war auf der Waggonfabrik von Herbrand u. Co. in Röllchenfeld. Ueber 800 Arbeiter waren an demselben beteiligt. Nach fünfwöchentlichem Streik, der, trotzdem 13 verschiedene Verbände derselben führten, eine musterartige Föhrung der Kollegen aufwies, waren ansehnliche Erfolge das Resultat der Bemühungen.

Berücksichtigung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen von 2—7 Pfg. pro Stunde, Diegelung des Zuschlags für Ueberzeitarbeit, Festsetzung der wöchentlichen Lohnungsperiode wurden hier neben einer Reihe Punkte, die von großem erzieherischen Wert sind, erzielt.

Erfolgreiche Bewegungen wurden ferner in einer Reihe weiterer Betriebe der Großindustrie, so bei der Firma Humboldt-Katt, Gasmotorenfabrik-Deutz, van der Hyden-Deutz, Festen & Guillaume-Mülheim (Möbel) usw. durchgeführt. Augenblicklich stehen im Kampfe die Installateure Kölns und in anderen Betrieben rüftet man gleichfalls zu neuen Kämpfen und neuen Siegen. Zu

Düsseldorf

häft eine allgemeine Bewegung in den Maschinenfabriken und Eisgießereien die Gemüter in Spannung. Verkürzung der Arbeitszeit, entsprechende Lohnaufschläge, Regelung der Zuschläge für Ueberstunden und Festsetzung der wöchentlichen Lohnzahlung ist auch hier das Ziel. 60 Betriebe mit circa 8000 Arbeiter kommen hier in Betracht. Der Umstand, daß nur einige wenige Firmen auf die eingeforderten Forderungen Forderungen eine Antwort erteilten, ließ auf einen hartnäckigen Kampf schließen. Wenngleich die Möglichkeit eines solchen immerhin noch nicht ausgeschlossen ist, so ist doch bemerkenswert, daß bis zur Stunde bereits eine ansehnliche Anzahl Betriebe zu bewilligen gezwungen waren. Freilich gilt es nach wie vor, auf der Wacht zu sein; mit verdoppeltem Eifer und eiserner Tatkraft muß weiter an dem gesetzten Ziel festgehalten werden. Zu

Barmen, Elberfeld, Wöhlwinkel

köht gleichfalls ein Kampf von großer Bedeutung. Bereits im Jahre 1907 führten die Riemengangsarbeiter einen 18-wöchigen Streik zur Verkürzung der Arbeitszeit. Die inzwischen zutage getretene Ungleichheit imbezug auf die Arbeitszeit zwischen Riemengangsarbeitern und den übrigen Arbeitern der Metall- und Maschinenindustrie drängte naturgemäß auf eine Aenderung. Bereits im April dieses Jahres wurden beim Arbeitgeberverband Vorschläge zur Regelung der Verhältnisse unterbreitet. Diese sahen vor: Einführung einer Arbeitszeit von 64 Stunden die Woche, Lohnerhöhungen um 10 Prozent, Mindestlöhne für gelernte Arbeiter von 50 und für ungelernete von 45 Pfg. pro Stunde Zuschläge für Ueberstunden 25 Prozent, für Nachtarbeit 50 und für Sonntagsarbeit 100 Prozent. Offenbar beabsichtigt der Arbeitgeberverband, eine Verschleppung der Angelegenheit, indem er nichts von einer Stellungnahme zu den Forderungen verlaunten ließ. Nachdem dann auch in den meisten Betrieben durch Arbeiterkommissionen gewünschte Ergebnisse nicht erzielt wurden, war der Kampf unvermeidlich. Von etwa 2500 Arbeitern, die sich auf etwa 40 Betriebe verteilten, befanden sich am Samstag, den 29. Juli ca. 800 im Streik, dem sich in den nächsten Tagen, falls eine Einigung nicht erzielt wird, die übrigen anschließen dürften. Nicht ausgeschlossen ist, daß die Bewegung, auch auf andere Berufe übergreift und noch größere Dimensionen annimmt. Zu

M.-Gladbach, Rhendt, Krefeld

herrschen gleichfalls bedeutende Kämpfe. Die Firma Scheidt und Bachmann in M.-Gladbach kündigte am Samstag, den 29. Juli die gesamte Belegschaft, weil die Arbeiter am vorhergehenden Abend keine Ueberarbeit geleistet hatten, um eine Versammlung abhalten zu können. Auch hier waren Forderungen eingereicht; die vom Unternehmer rundweg abgelehnt wurden. In Rhendt stehen die Arbeiter der Firma Schörs in Streik und in Krefeld die Elektromonteur in einer Tarifbewegung. Kurzum:

Kampf und Bewegung allertwärts!

Ungeachtet dessen erhebt sich die Frage: Was fordern die Zeitverhältnisse vom Gewerkschaftler? Jeder Schritt auf dem Wege zur Anerkennung des Rechtes und der Freiheit muß ergriffen werden. Bewegung und Kampf fordert aber zunächst Disziplin, Manneszucht der Beteiligten. Im allgemeinen wissen unsere Kollegen Disziplin zu wahren, einzelne Vorkommnisse, die hier zu besprechen zu weit führen würde, müssen uns Veranlassung geben, noch nachhaltiger nach dieser Richtung hin aufzutreten zu wirken. Als Wichtigkeit an den Füssen der vorwärtsstrebenden Kollegen erweist sich bei jeder Gelegenheit die unorganisierte Masse. Keine Zeit ist jedoch zu einer fruchtbringenden Agitation günstiger als jene, in der Kämpfe toben, jene Zeit, in der auch dem frivolisten Arbeiter klar werden muß, daß der Aufstieg seiner Klasse das Werk seiner Klasse selbst sein muß. Jetzt also gilt es, Schritte zu legen in den Subsidiententum, tatkünftig die Agitation zu fördern. Endlich aber zeigt uns die derzeitige Situation, daß der weitläufige Gewerkschaftler mit aller Wucht den Opfergeist zu stärken und zu nähren hat.

Dem aufmerksamen Beobachter der Vorgänge im Gewerkschaftsleben kann nicht entgehen, daß heute praktische Betätigung der Opferwilligkeit größeren Schwierigkeiten begegnet wie ehemals. Eigentümlich ist, daß Kollegen, die mit an der Wiege des Verbandes gestanden haben, die durch Sammlungen, uneigennütziges Eintreten für den Verband in früheren Zeiten vielleicht höchst so viel für den Verband zahlten, als wie heute, daß diese Kollegen gerade Beitragsleistungen entgegenwirken. Was kann die Ursache dieser Erscheinung

sein? Wiegen sich diese Kollegen nicht vielleicht zu stark in dem Bewußtsein unseres Machtgeföhls? Freilich, unser Verband hat sich, namentlich nach der finanziellen Seite hin eine achtunggebietende Position verschafft, allein, verhängnisvoll wäre es, unsere Macht überschätzen zu wollen. „Der kluge Mann baut vor“, sagt ein altes Sprichwort und auch der Gewerkschaftler, der die richtige Nebenanwendung aus dem Kampfesgetöse zu ziehen vermag, baut vor, stärkt den Opfermut, stärkt die Tatkraft!

Was Ringen der letzten Zeit hat aber auch zur Erläuterung beizutragen, daß der Kampf nicht nutzlos war. Große Zeiten erheischen große Männer, daher Kollegen im 2. Bezirk wie allerwärts im deutschen Vaterland: Das Pulver trocken, das Ziel erkannt, Schwarzseher verbant. Vorwärts zu neuen Taten, zu neuem Siegen.

R. Sch.

Katholische Fachabteilungen und christliche Gewerkschaften in 1910.

Sämtliche gewerkschaftliche Organisations Deutschlands konnten von erheblichen Fortschritten im Jahre 1910 berichten. Die katholischen Fachabteilungen, die auch als gewerkschaftlich gelten wollen, sind dagegen von einem bemerkenswerten Mißgeschick betroffen: Ihre solches äußerst minimale Mitgliederzahl ist nicht nur nicht gestiegen, sondern gesunken, ebenso auch die Einnahmen und Ausgaben. Um einen Vergleich zwischen den Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften zu ermöglichen, bringen wir eine Uebersicht über Mitgliederzahlen, Einnahmen und Ausgaben von den letzten drei Jahren. Diese betragen:

Katholische Fachabteilungen:

	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
1908	18 000	230 633	205 648	122 286
1909	18 460	244 670	260 070	108 887
1910	17 180	226 298	227 026	106 689

Christliche Gewerkschaften:

	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
1908	260 700	4 394 745	3 556 224	4 513 469
1909	280 000	4 612 920	3 843 504	5 365 838
1910	316 115	5 490 000	4 915 000	6 118 710

Die Fachabteilungen sind demnach im Jahre 1910 um 1380 Mitglieder zurückgegangen, die christlichen Gewerkschaften dagegen stiegen um 36 000. Die Einnahmen der Fachabteilungen gingen um 17841 Mark zurück und ihr Vermögensbestand blieb ziemlich konstant; die christlichen Gewerkschaften dagegen erhöhten ihre Einnahme um 877 000 Mark und ihren Vermögensbestand um 748 372 Mark. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß es sich bei den Fachabteilungen in der Mehrzahl um ganz kleine Berufsgruppen handelt, die den Verlust doppelt schmerzlicher empfinden.

Nach ihren Angaben haben die Fachabteilungen im Jahre 1910 circa 20 Tarife abgeschlossen. Wenn damit aber gesagt werden sollte, daß sie nun auch die Einleitung dazu gemacht und die Verhandlungen mit den Arbeitgebern geführt hätten, so trifft dies fast gar nicht zu. Fast durchweg alle Verträge waren bereits von den gewerkschaftlichen Organisations getätigt und schlossen sich später die Fachabteilungen an. Einige schlossen sie ab, während die übrigen Arbeiter im Kampfe standen, so in Erier und Reiffe bei der Bauarbeiterausperrung. Die Angaben über Tarifabschlüsse seitens der Fachabteilungen sind aber auch noch mit Vorsicht aufzunehmen. So berichtet z. B. das Protokoll des 5. Delegiertenkongresses der Bezirksgruppe der Holzarbeiter des Verbandsbezirks Berlin vom 26. Februar d. J. über einen Tarifabschluß in 1910:

„16. September Werkstattversammlung in der Treppengeländerfabrik, wo ein Streik ausgebrochen, durch Laurenherm (Centralvorsitzender der Fachabteilung der Holzarbeiter. D. R.) ein Tarif abgeschlossen, aber keine Mitglieder gehabt.“

Verträge ohne Mitglieder sind natürlich praktisch ohne jede Bedeutung.

Die christlichen Gewerkschaften dagegen schlossen im Jahre 1910 mit Arbeitgebern oder deren Organisationen 453 neue Tarifverträge ab, am Jahresschluß waren sie an 937, darunter die Reichstaxi der Maler, Schneider und Bauarbeiter beteiligt. Weshalb kann die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands nicht herabgesehen werden wie durch diese Zahlen, wie andererseits die Unbedeutendheit und Unfruchtbarkeit der Fachabteilungen bewiesen wird.

Die Verluste an Einnahmen und Mitgliedern der Fachabteilungen sind auf die Eröpfung der Beiträge und die Herabsetzung der Unterstützungssätze zurückzuführen. Da aber die Mitglieder nur eine Unterstützungseinrichtung in den Fachabteilungen erblicken und diese in einer Weise, die mit den „katholischen Grundfragen“ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Stk Berlin) gar nicht in Einklang zu bringen ist, ausgebeutet haben, mußte natürlich ihr Interesse an ihnen mit dem Moment verschwinden, wo eine Aenderung eintrat. Diese Aenderung wurde auf der letzten Generalversammlung der Fachabteilungen zu Weihnachten 1910 herbeigeföhrt, indem, um die „fachveruliche“ Arbeit mehr zu „fördern“, die Beiträge erhöht und die Unterstützungssätze herabgedrückt wurden. Außerdem wurden schon im vorhergehenden Jahr die Bezugsbedingungen zur Erlangung von Unterstützungen erheblich erschwert. Das hat sie in Wirren gebracht, die sie heute noch nicht überwunden haben.

Die christlichen Gewerkschaften machen dagegen gute Fortschritte, sie haben die 350 000 Mitglieder bereits

Auch der Verband der katholischen Arbeitervereine (Stk Berlin), der Träger der Fachabteilungen, zeigt ein ähnliches Bild in der Entwicklung wie diese. Wöhl sagt der Bericht des Vorstandes, „die Zahl der Verbandsvereine ist während des Jahres 1910 gestiegen auf 1198“. Dieses „gestiegen“ kann insofern nicht richtig sein, als der Bericht von 1909 schon von „genau 1193 Vereinen“ berichtete. Die Gesamtsummen des Verbandes in 1910 (Arbeitervereine, Sterbekassen- und Fachabteilungsbeiträge) sollen 1 223 027,46 M. nach den Angaben des Vorstandes betragen haben. Da sich jedoch in dieser Summe 131 517,29 M. durchlaufende Posten und 224 497,44 Mark Verbandsvermögen befinden, beträgt die tatsächliche Einnahme 867 012,73 M. In 1909 betrug dieselbe 900 796 M., somit ein Rückgang um 33 783 M. Ohne die Fachabteilungen vereinnahmte der Verband 640 133,45 Mark. Diese Einnahme zergliedert sich wieder in Beiträge von den Arbeitervereinen und den Sterbekassen. Letztere um-

gen von 280 732 M. in 1909 auf 226 260 M. in 1910, die Sterbekassen gingen ebenfalls in ihren Einnahmen, wenn auch nur gering, zurück. Da die Sterbekassen den zuverlässigsten Gradmesser der Mitgliederzahlen des Verbandes bilden, so kann das „gestiegen“ um einige hundert Mitglieder nur dann richtig sein, wenn das Wörtchen „hinab“ davorgesetzt wird.

Von den Ausgaben des Verbandes entfallen auf keine Unterstützungen (Sterbeunterstützung und Wohlfahrtseinrichtung für Jugendliche) 168 691,15 M., auf die Verbandsorgane 124 261,09 M. und auf Gehälter, Agitation, Verwaltung, Unterhaltung der Arbeitersekretariate usw. 228 674,30 Mark.

Der Grund des Rückganges bzw. Stagnation des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Stk Berlin) wird wohl in der Wepadung mit den Fachabteilungen zu suchen sein. Denn im Gegensatz hierzu hat z. B. der Westdeutsche Verband katholischer Arbeitervereine im gleichen Zeitraum um 12 000 Mitglieder zugenommen. Von den angeblich 130 000 Mitgliedern ersteren Verbandes haben sich mit Ach und Krach trotz 10jähriger Agitation, und was für welcher, 17 000 den Fachabteilungen angeschlossen. Von den übrigen 113 000 muß angenommen werden, daß sie von diesen nichts wissen wollen. Um diese nun in die Fachabteilungen zu ziehen, verfügte der Delegiertenkongress des Berliner Verbandes in 1910, das örtliche Vereine beschließen können, daß Mitglieder, die zu einem von der Fachabteilung des betreffenden Vereins vereinbarten Tariflohne arbeiten, oder alle neu-eintretenden, organisationsfähigen, oder überhaupt alle organisationsfähigen, den Fachabteilungen beitreten müssen. Man bemüht sich jetzt recht eifrig um die Durchföhrung dieses Beschlusses, aber wo nur der Versuch dazu gemacht wird, zeigt es eine kleine Revolution ab. Meistens werden dann die Finger davon gelassen. So werden die Fachabteilungen um keinen Schritt vorwärts gebracht, dagegen in die Arbeitervereine Unruhe und Verwirrung hineingetragen. Wie gar der Zutritt zu den Arbeitervereinen von dem gleichzeitigen Zutritt zu den Fachabteilungen abhängig gemacht, ist es um das Wachstum der Arbeitervereine getan. Die Arbeiter erblicken eben in den Fachabteilungen keine wirtschaftliche Interessenvertretung, vielmehr eine kostspielige Zwecklosigkeit. Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Stk Berlin) wird daher auch mit Zwangsmaßnahmen den Fachabteilungen nicht zu dem so lange inbrünstig erwiderten und bitter umstrittenen Ansehen verhelfen können, wohl aber kann er sein eigenes Wachstum nachteilig beeinflussen. Um der idealen Zwecke der konfessionellen Arbeitervereine halber ist das Immerhin zu bedauern. Wir hoffen aber beiseite nicht, daß damit ein Umschwung in der Meinung der leitenden Personen dieses Verbandes herbeigeföhrt werden könnte.

Die Situation ist heute so, daß die Fachabteilungen nach wie vor numerisch nicht in Betracht kommen, auch nicht kommen werden. Auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter haben sie nicht den geringsten Einfluß. Sie befinden sich zudem in einer starken inneren Krise, in die sie auch den Verband der katholischen Arbeitervereine (Stk Berlin) mit hineingezogen haben. Die christlichen Gewerkschaften dagegen stehen in innerer Klarheit gefestigter denn je und befinden sich in kräftiger Aufschwung. Die 350 000 sind überschritten, mit frohen Hoffnungen streben sie der ersten halben Million zu.

Die internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

„Philosophie des Nichts!“ Ein Bild, einen alten Trinker darstellend, der vor den verschneiten Bänken eines Gasthauses steht, beide Hände in den Hosentaschen. Was stiert er so finstern in den Schnee? Denkt er an fernere glücklichere Zeiten oder an seine leeren Taschen? —

In den weiten Hallen und Anlagen der Ausstellung sitzen lustig die Gläser, frühliche Menschen trinken sich zu, manchem mögen die Gläser zu klein und zu teuer vorkommen. Manchem davon mag aber auch ein bitterer Tropfen in das gehobte Maß geflossen sein, der unangenehme Silber vor ihn hinaubert. Weh! Und zwar dem, der sehen und denken kann. Nur ein paar Schritte trennen uns von den Räumen der Ausstellung, die ein so düsteres und zu ernstem Nachdenken veranlassendes Bild uns vor die Seele führen — die schlimmsten Folgen des Alkohols; wirtschaftlicher, leiblicher und geistiger Art. 3800 Millionen Mark gibt das deutsche Volk alljährlich für Bier, Branntwein und Wein aus. Für den andern Teil der „geistigen Ernährung“, die Volksschule, nur 524 Millionen. Das entbehrt nicht des bitteren Spottes. Die jährlichen Ausgaben des Reiches belaufen sich auf 3591 Millionen. Zu Krankheiten und Verbrechen stellen die Trinker das größte Kontingent. Damit nicht genug! Die Kinder müssen die Sünden der Väter büßen — erblich belastet, geistig minderwertig, vielfach wieder die Vermehrer der Zuchtshäuser. Aber auch den nüchternen Menschen büden die Trinker große Lasten auf. Nach einer Feststellung der Leipziger Ortskrankenkasse entfallen auf 100 Trinker 123 Erkrankungen, auf 100 andere Arbeiter nur 49. Ferner vermehrte Armenlasten, Irrenanfaller, Stieghäuser. Von den im Alkoholgewerbe beschäftigten Arbeitern sterben durchschnittlich drei bis viermal mehr an Herzkrankheiten. In Kiel entfallen auf 631 Personen eine Gastwirtschaft, in Berlin auf 165 und in Graußen b. Bayreuth auf 42. Und dann wird aus Schweden vorgeföhrt, das Land, welches vom ausgebeuteten Alkoholgenuss zur fortgeschrittensten Abstinenz überging. Mit dem Rückgang des Alkoholgenusses ein Sinken der wegen Trunkenheit Geistesgestörten und der Selbstmorde; andererseits ein rapides Steigen der Militärtauglichkeit und des Volkswohlstandes.

Erschütternd wirken die plastischen Darstellungen „Der Tag“ von Jacopin-Paris und „Nicht den Trank“ von Professor Kampf-Berlin. Hier eine Mutter mit grandurosfurchtem Gesicht und drei ungeschulbigen Kindern, das Älteste sich schon zurückdrückend vor dem an der Hautüre mit der Schnapsflasche zusammengebrochenen Vater. Dort ein abgeklärtes Kindergeicht mit den unschuldigen Kinderzügen, den Vater, der fixen Auges vor der Schnapsflasche steht, am Arme fassend und ihn ansiehend, doch mit ihm und der Mutter, die ebenso abgeklärt im Hintergrund steht, nach Hause zu gehen. Können wir das nicht oft im Leben beobachten? Wir nehmen gewiß nicht alles kritisch hin, wissen auch, daß die sozialen Verhältnisse manchen dem Alkohol in die Arme führen; ebenso aber auch, daß sehr viel geündigt wird im Mißbrauch des Alkohols. Bekommt das nicht auch die Arbeiterbewegung zu verspüren? Gefreulicherweise ist in Deutschland der Alkoholverbrauch im Sinken, daß dieses anhält, dazu muß auch die christliche Arbeiterbewegung mit aller Kraft beitragen. Die Hygiene-Ausstellung mit ihrer äußeren geschickten Arrangierung kann gewiß sein, daß sie manches gute Samenorn freut; daß draußen im Lande keine Früchte trägt.

Erbsenblätter sozialer Verhältnisse, menschlicher Unwissenheit und Unvernunft, und sittlicher Verfehlungen führen uns die Tuberkuloseabteilung und die Geschlechtskrankheiten vor. So sehr es uns auch lockt, können wir des Raumes halber nur einige Bemerkungen dazu machen.

Der Beruf ist auf die Tuberkulose von stärkstem Einfluß. Von 100 Sterbefällen entfallen auf Tuberkulose bei den Steinhauern 90, Metallschleifern 74, Tischlern 71, Zigarenarbeitern 69, Metallbrechern 62, Maschinenschleifern 60, Sattlern 43, Webern 30, Radlern 15. Von 200 Fällen entstanden 114 durch Ansteckung in der Familie, 50 auf der Arbeitsstelle, die übrigen durch andere Ursachen. Je größer die Wohnung, desto geringer die Erkrankungsgefahr. Deutschland steht an sechster Stelle der Tuberkulosesterblichkeit, England an letzter.

Ein überaus trauriges Kapitel bilden die Geschlechtskrankheiten, vor allem die schauerhaften Folgen der Syphilis. Für manchen jungen Mann ein lehrreicher Anschauungsunterricht. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Geschlechtskranken im Ruhrbergbau nach den Nachweisen der Knappschaftskassen von 278 in 1906 auf 427 in 1910 gestiegen sind. Eine große Gefahr für die Mitarbeiter.

Aus der Gegenwart in die Vergangenheit. Die historische Abteilung, die uns die Geschichte der Hygiene vermittelt, will, führt uns die lange Entwicklungsgeschichte der Menschen und Völker, ihr Leben und ihre Bedürfnisse vor. Von den Wohngruben, über die Pfahlbauten zu unseren modernen — ja sagen wir Mietkasernen. — Ach, da bin ich schon über den Mauern des Ausstellungsplatzes in jenen niedlichen Einfamilienhäuschen, die uns moderne Wohnungsreformer für und fertig, mit innerer Ausstattung besetzt haben. Jeder Arbeiterfamilie ein solches Häuschen, aber — noch bin ich ja in den Räumen der historischen Abteilung. Die kunstvollen Wasserbauten der alten Kulturvölker, der Ägypter, Römer, Griechen, ihre Wohnanlagen und Begräbnisstätten, wer sollte sich von ihrer hohen Technik und Kunst nicht gefesselt fühlen? Mit ihren primitiven Mitteln haben sie uns große Vorbilder geschaffen. So manches aus der Gegenwart klingt dort an. Sie sind untergegangen, die alten Völker, im Strudel der Zeit, neues Leben aber erblüht heute noch aus ihren Werken.

Luft, Licht, Nahrung, Wohnung und Kleidung! Ohne diese Dinge ist menschliches Leben nicht denkbar. Nur ein Blick in die Gegenwart zeigt, wie der Kampf um den Anteil daran tobt, wie sich die Menschen darum reissen. Ist etwa zu leugnen, daß es nicht auch ein Uebermaß davon geben kann, ja teilweise schon gibt? Und das kann den Menschen genau so gefährlich sein, wie das Uebermaß. Verwechslung, Ueberfüllung, sittlicher Abgang waren die Untergründe der großen Kulturvölker. Die vernünftige, natürliche Grenze zu finden, das ist der große Wurf, um den es sich handelt. Aber auch ohne Arbeit, und zwar angestrengte Arbeit kann der Mensch nicht sein, ohne körperlichen und sittlichen Schaden zu nehmen.

Was wir in unsern Vorklein gekennzeichnet haben, ist nur ein gelegentliches Hineinfallen in diesen oder jenen Teil. Manches davon ist nicht neu, ist uns bekannt. Es kommt aber nur auf die lebendige Art an, in der es uns die Ausstellung darbietet. Und sie bietet uns nun vor allem viel und gründlich. Aufmerksamkeiten sind die Abteilung der deutschen Arbeitervereinsliteratur. Die ganze Ausstellung ist ein noch größeres für unsere deutsche Wissenschaft und die den hygienischen Ansprüchen dienende hochentwickelte Technik. Ist es nicht gleichsam ein Wunder, daß man mit Hilfe der Mikroskope und der Schnellphotographie die weißen Blutkörperchen im Kampf mit den Bakterien und Entzündungen, die in geringsten Feinden der Menschheit, im menschlichen Blute und im Lichtstrahl vorführen kann? „Greif hinein ins volle Menschenleben und wo du's faßt, da ist es interessant“, das kann man auch auf die Internationale Hygiene-Ausstellung anwenden. Den Männern, die den Anstoß zu diesem eblen Wettstreit der Kulturvölker gegeben haben, gebührt der Dank aller Deutschen. Wir sagen noch einmal: Worauf es nun ankommt, ist, daß ihre Lehren in die Praxis umgesetzt werden. Dieser Lehren bietet sie Uebergenug.

Zur Lage der im Eisenhütten- und Brückenbau tätigen Metallarbeiter.

Hierzu erhalten wir folgende Zuschrift aus Eisen:
 In Nr. 29 unseres Verbandsorgans schilderte ein Kollege von Bochum die Zustände in oben genannten Betrieben. Eine große Kenntnis von diesen Zuständen scheint der Artikelschreiber jedoch nicht zu haben, denn sonst könnte er nicht schreiben, daß als Vorzeichen sich Leute herandrängen, die wegen ein Verzug verzehrt haben, dann die Vorzeichnerin mitgemacht hätten, um nun als Vorzeichner eine große Rolle zu spielen.“ Tatsache ist, daß gerade in Brückenbaubetrieben die Vorzeichner über sehr große Intelligenz verfügen müssen. Ein kleiner Fehler, und die Konstruktion ist verpfuscht. Was der Vorzeichner früher für einen Beruf gehabt hat, spielt keine Rolle. Wohl dem, der vorwärts strebt! Wenn vielleicht der Artikelschreiber längere Zeit in Brückenbaubetrieben gearbeitet hätte, würde er ein ganz anderes Bild entworfen haben. Er schreibt ja selbst, „nur wenige halten es mal ausnahmsweise einen oder mehrere Monate aus“. Uns sind Kollegen bekannt, die jahrelang in Brückenbaubetrieben gearbeitet haben und dadurch sich selbst und unserer Organisation nähern. Durch das viele Wechseln der Arbeitsstelle verbessern wir noch lange keine Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
 Man braucht auch nicht immer Schuster, Schneider oder sonst was gewesen zu sein, um in Brückenbaubetrieben Arbeit zu erhalten. Nur durch richtige Darstellung der Verhältnisse wird es möglich, die Kollegen auch in diesen Betrieben für die Organisation zu gewinnen.
 Mehrere christlich organisierte Brückenbauer.

Anmerkung der Redaktion. Die Essener Brückenbauerkollegen haben den Einsender des Artikels in Nr. 29 offenbar mißverstanden. Er hatte, wie das auch deutlich in dem Artikel zum Ausdruck kommt, nicht Essener Betriebe, sondern solche in Bochum und vor allem in Herne bei seiner Schilderung im Auge. Außerdem hat er sich bezüglich des von den Vorzeichnern Gesagten ausdrücklich eine Verallgemeinerung vorbehalten. Wenn die Essener Kollegen jodann behaupten, daß der Artikelschreiber die Zustände in den betr. Betrieben kenne, so stellen wir hier demgegenüber ausdrücklich fest, daß der Kollege uns als langjähriger Brückenbauhelfer und tätiger Gewerkschaftler bekannt ist. Im übrigen vertritt auch er die Ansicht, daß durch das viele Wechseln die Arbeitsverhältnisse nicht gebessert werden, was die Essener Kollegen bei nochmaliger Durchsicht des Artikels auch selbst wohl herausfinden.

Aus der Arbeiterbewegung.

Organisationen, die vom Wettel leben,
 sind die gelben Arbeitervereine, die sich nach Raume und Geschmack „vaterländisch“, „reichstreu“, „national“ u. benennen. Nach dem kürzlich erschienenen Jahresbericht der „vaterländischen“ Arbeitervereine hatten deren Protektoren im Jahre 1910 bei militärischen Interessenten 41 351,20 M. gesammelt. Von diesen Geldern wurden unterhalten: ein Bureau, eine Zeitungs-Korrespondenz, das Verbandsblatt „Deutsche Treue“ ferner wurden sogenannte Arbeitersekretariate unterhalten, und neue gelb-vaterländische Arbeitervereine gegründet. Für die Jahre 1911 und 1912 sind diesen Vereinen schon wieder 15 000 M. überwiesen worden, um „wirtschafts-friedliche“ Arbeit im Sinne Dr. Tilles zu leisten. Welches Resultat einer Arbeiterorganisation und welche beschämendes Armutszeugnis für diejenigen deutschen Arbeiter, die sich in solchen Scheinorganisationen am Narrenseil herumführen lassen.

An der Spitze der „vaterländischen“ Arbeitervereine steht ein sogenannter Förderungsausschuß, dem lauter hochmögende Herren, aber keine Arbeiter angehören. Unter den Protektoren der Weiben befinden sich auch die Reichstagsabgeordneten Pauli-Potsdam (Kons.), Dr. Görke-Standenburg (nat.-lib.) und Meleberg-Duedlinburg (wirtsch. Ver.) Wie diese Herren sich in der gelben Gesellschaft wohl fühlen und ihre Namen für eine solche Sache hergeben können, wird vielfach als ein Rätsel betrachtet und Befremden hervorrufen müssen.

Bildungsarbeit in den sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Die Berliner Filialen des sozialdemokratischen Lithographen- und Strindruker-Verbandes haben einen besonderen Bildungsausschuß eingesetzt, der die Aufklärung und Schulung der Mitglieder systematisch zu betreiben hat. Das geschieht hauptsächlich durch wissenschaftliche Vortragsfolgen, deren bis jetzt nach dem Verbandsorgan „Graphische Presse“ (29. 1911) sieben stattgefunden haben. Und welche Wissenschaft wird hier verzapft? Das Programm sagt es uns. Es enthält unter anderem folgende Vorträge: „Vom Urtier zum Menschen“ (4 Abende); „Sind die Lebewesen geschaffen oder geworden?“; „Woher stammen die Menschen?“; „Mensch und Affe, verglichen in Körperbau und Körperverrichtung“; „Die tierische Abstammung des Menschen“. Daß auch die Darwinische Entwicklungslehre, natürliche Zucht usw. nicht fehlt, versteht sich nach dem vorher Angeführten von selbst. Warum diese religiös „neutralen“ Themen behandelt wurden, sagt die „Graphische Presse“ offen heraus:

„Wenn der Ausschuß seine Tätigkeit mit der Veranstaltung dieser beiden Vortragsfolgen aus dem Gebiete der Naturwissenschaft begann, so ließ er sich dabei von der Tatsache leiten, daß in der Volksschule der am Ueberwiegendsten gepflegte Unterrichtsgegenstand die Religion ist. Die biblische Schöpfungsgeschichte läßt die Gemüter gefangen, verhindert bei Unwissenden die Durchdringung zu einer freien Weltanschauung, die Emanzipation von blinden Glauben zu einem selbständigen, auf den Fortschritt gerichteten Denken. Daher muß ihr die natürliche Entwicklungslehre, dieses Resultat der ernsten Forschung freier Völker, entgegengesetzt werden. Das ist durch die beiden Vortragsfolgen geschehen.“
 Uebrigens bezeichnet ist, daß diese „Bildungsarbeit“ vom Hauptorgan der freien Gewerkschaften („Correspondenzblatt“ Nr. 21, 1911) als Vorbild und nachahmungswert hingestellt wird. Und ferner muß die Tatsache doppelt zu denken geben, daß im genannten Gewerbe auf Grund einer Reichstagsgemeinschaft ein sozialdemokratisches Arbeitsmonopol besteht, das alle Berufsausgehörigen, auch die christlichen Gehilfen und Lehrlinge, in den „freien“ Verband hineinzwängt, der sie dann mit solcher „Wissenschaft“ vom blinden Glauben zum „selbständigen“ Denken „bildet“.

Note Moralisten.

Wenn der Fuchs in die Rutte schlüpft oder die rote Presse in die Loga des Moralpredigers, so kommt beides schließlich auf eines heraus: der Fuchs sucht an die Wänse heranzukommen und die rote Presse sucht Gimpel auf ihrer Weimuten zu loden. Die roten Moralprediger haben jedoch in solchen Situationen gewöhnlich ein schauerhaftes Beh. Und wie könnte es anders sein, denn ein älteres grüneses Faungesicht ist auch schließlich die abscheuliche Wfage, die man sich aus der Loga des Sittentrichters herausragend denken kann. Aber, jeder blamiert so gut er kann, bacht die „Rheinische Zeitung“ in Köln und machte in Entrüstung über angeblich „sittlich anstößige“ Lieber, die auf dem Programm des Begrüßungsabends gelegentlich des Kölner Verbandskongresses des Gewerkschafts christlicher Arbeiterkreisen in Köln, „Volkstanziger“ wird der „Rheinischen Zeitung“ nun gesagt, daß eine beheblich unzeitige Phantasie dazu gehöre, um an dem zwar toben aber harmlosen Gumpel in den betreffenden Liebern (plattkölnischer Mundart) sittlichen Anstoß zu nehmen. Dann heißt es u. a. weiter:

„Das Faungesicht des Verfassers hätten wir sehen mögen, als er diese Moralepistel niedergeschrieben hatte! Eine solche Geuzler- und Pharisäerfippe! — Wenn es aber der „Rheinischen Zeitung“ wirklich ernstlich darum zu tun ist, Moral und gute Sitte zu predigen, so wollen wir ihr ein dankbares Feld der Tätigkeit anweisen, und zwar in ihren eigenen Reihen, in den sozialdemokratischen Organisationen. Vor uns liegt eine 16seitige große (Hefographierte) Zeitzeitschrift von einem Gewerkschaftsfest des sozialdemokratischen Tapeziererverbandes, die den Moralismuskeln (der „Rh. Ztg.“) Ursache zur flammenden Entrüstung liefern wird. Sowohl der Text wie die Zeichnungen dieser sozialdemokratischen Festzeitung strotzen von Boten des unflätigsten Inhalts. Die „Rh.“ sind so einseitig und gemein, daß sie in einer ausländigen Zeitung nicht einmal andeutungsweise wiederzugeben sind. Wie sich die Macher dieses roten Kulturdokuments sonst noch selbst porträtiert haben, und die Kreise, die regelmäßig auf ihrem Verbandsbureau ein- und ausgehen, das läßt einen schauerhaften Abgrund vermuten...“
 Als durch die Herstellung des „moralischen“ 30 000 Mark-Fingulattes als „Sittentring“ bekannte „Rhein. Ztg.“ hat ob dieser verdienten Züchtigung plötzlich die Sprache verloren. Das hindert natürlich eine ganze Anzahl anderer roten Blätter nicht, nach Sch. . . finkenet über den Quark der „Rh. Ztg.“ herzuzufallen. Auch die „Metallarbeiterzeitung“ ist wieder „mit von der Partie“; es geht ja gegen die Christen, und da ist ihr mittlerweile das tollste Zeug gerade gut genug, wenn es ihr nur geeignet erscheint, die Aufmerksamkeit vom eigenen Ketzrichthaufen abzuulenken. Der aber wird dadurch nicht kleiner; auch der in Köln nicht — aber „doch ist ihr ne Dack dran geläge!“

Rundschau.

Die deutschen Arbeitgeberverbände im Jahre 1910 wurden im Juniheft des Reichsarbeitsblattes behandelt. Die Angaben der Arbeitgeberverbände sind nach dem Reichsarbeitsblatt z. T. recht unvollkommen. So sind z. B. aus der Metallindustrie allein für fünf Verbände die vorjährigen Zahlen eingeseht. Soweit die Angaben allgemeine Bedeutung haben, lassen wir sie hier folgen:

	Mitglieder	Arbeiter
Landwirtschaft	12 037	77 089
Berabau	250	45 401
Industrie der Steine und Erden	2 094	198 511
Metallindustrie, Industrie der Maschinen	13 268	749 885
Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen		
Chemische Industrie, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe		
Schafflichen Nebenprodukte	104	28 858
Textilindustrie	3 302	492 899
Wappierindustrie	869	49 280
Leberindustrie und Industrie leberartiger Stoffe	1 814	14 889
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	4 986	6 887
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	10 448	184 254
Belleidungsgewerbe, Reinigungsgewerbe	9 140	112 688
Bau erwerbe	51 832	448 445
Poligraphische Gewerbe	8 478	75 654
Handelsgewerbe, Verkehrsgewerbe	8 945	96 008
Gast- und Schankwirtschaft	404	880
Freie Berufe (Theater, Musik)	514	25 000
Gemischte Verbände	5 021	95 142

Nach der Zusammenstellung wurden ermittelt 93 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände und 2361 Ortsverbände, zusammen 2928 Verbände mit 127 424 Mitgliedern und 4 027 440 beschäftigten Arbeitern. Nach dem Bericht des Vorjahres ist das eine Steigerung von 315 Verbänden mit 12 829 Mitgliedern und 172 780 Arbeitern. Die Verteilung auf die verschiedenen Berufsgruppen geht aus folgender Zusammenstellung hervor.

Eine Zunahme haben zu verzeichnen die Gruppen: Landwirtschaft um 48 000, Textilindustrie um 19 420, Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie um 57 554 und Bekleidungsindustrie um 51 768 Arbeiter. Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes haben einen Verlust von 78 287 Arbeitern zu verzeichnen. Der Bericht führt den Verlust auf den Austritt der Berliner Baugesellschaft aus der Gesamtorganisation zurück. In der Gruppe Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen-Apparate und Geräte wurden gezählt 18 Reichsverbände, 98 Landes- oder Bezirksverbände und 71 Ortsverbände mit insgesamt 13 268 Mitgliedern, welche 749 885 Arbeiter beschäftigen. Gegen das Vorjahr bedeutet das eine Zunahme von 860 Mitgliedern und eine Abnahme der Arbeiter um 4 426. Die Abnahme ist aus eingangs erwähnten Gründen nur eine Scheinabnahme. Den Einfluß der Arbeitgeberverbände können wir nur durch den weiteren Ausbau der Arbeiterorganisationen wettmachen. Also an die Arbeit!

Der Verband westdeutscher Konsumvereine hielt in Köln seinen vierten Genossenschaftstag ab. Nach dem Geschäftsbericht betrug die Zahl der dem Verband angeschlossenen Vereine am 1. Januar 1910 83, der Zuwachs im Jahre 1910 22, es schieben aus 7, so daß die Zahl der Vereine am 1. Januar 1911 78 beträgt. Inzwischen ist sie auf 91 angewachsen. Der Gesamtumsatz belief sich im Jahre 1909 auf 12 460 497 M., im Jahre 1910 auf 16 875 415 M. Der Umsatz im eigenen Geschäft stieg von 9 650 285 M. auf 13 046 008 M., der Umsatz im Lieferantengeschäft von 2 810 211 M. auf 2 929 412 M. Die Zahl der Verkaufsstellen stieg von 205 auf 263, der beschäftigten Personen von 502 auf 714. Die gesamten Umsätze betrugen 903 217 M., an Steuern wurden gezahlt 1909 42 568 M., 1909 57 689 M. Der erzielte Ueberschuß einschließlich der im Statut festgelegten Rückvergebung betrug 1 305 241 M., auf das einzelne Mitglied entfiel eine Rückvergütung von 24,76 Mark. Der Genossenschaftstag beschäftigte sich auch mit dem Antrag Hammer im preussischen Landtage. Welche Bedeutung dieser Antrag hat, geht daraus hervor, daß bei seiner Durchführung die Genossenschaft Entracht in Köln alljährlich ca. 60 000 M. Steuern mehr bezahlen müßte, als bisher. Der Genossenschaftstag nahm dazu einstimmig eine Resolution an, welche die volksfreundlichen Parteien aufforderte, den Antrag abzulehnen. Anwesende Abgeordnete verschiedener Parteirichtungen erklärten die Bestrebungen des Verbandes westdeutscher Konsumvereine unterstützen zu wollen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen hielt Geschäftsleiter Biffels-Werden einen Vortrag über „Unsere nächsten Aufgaben“. Zunächst müsse der Einfluß der Sozialdemokratie auf genossenschaftlichem Gebiet zurückgedrängt werden. Durch die Sozialdemokratie werde die Konsumgenossenschaftsbewegung zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, weil die Sozialdemokratie die Konsumvereine zu parteipolitischen Zwecken ausnütze. In den bürgerlichen Parteien müsse man Einfluß zu gewinnen suchen, um so den Forderungen der Konsumgenossenschaften mehr Geltung zu verschaffen. Wenn man die genossenschaftliche Selbsthilfe des Mittelstandes unterstützen, dürfe man die Arbeiter-Konsumvereine nicht verdammen. Der Redner empfahl den Ausbau der gemeinschaftlichen Bezugsquellen, die Zusammenlegung der kleineren Konsumgenossenschaften. Die Eigenproduktion sei nur dort zu empfehlen, wo der organisierte Absatz die Existenzfähigkeit sichert. Bankdirektor Fehmann legte in einem Vortrag die genossenschaftlichen Grundzüge dar. Die Genossenschaft sei kein Mittel gegen die Gebrechen am Wirtschaftskörper. Sie sei aber eine geeignete Form, den mittlern und untern Volksschichten zur Verbesserung ihrer Lage durch Verbilligung des Einkaufs beizuhelfen. Ein genossenschaftlicher Zusammenschluß der gesamten Produktion sei undenkbar; die demokratische Verfassung des Genossenschaftswesens sei das größte Gut.

Zu Gunsten der ausgesperrten christlichen Tabakarbeiter am Niederrhein fand folgende Resolution einstimmige Annahme:
 „Der vierte Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine spricht den ausgesperrten Tabakarbeitern des christlichen Tabakarbeiterverbandes des Niederrheins seine Sympathie und Unterstützung aus. Der Genossenschaftstag erachtet die angeschlossenen Vereine, bei ihren Bezügen nur diejenigen Unternehmer zu berücksichtigen, welche den berechtigten Wünschen der Arbeiter bezüglich Lohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechen.“ Der Verbandsdirektor Schlad konnte in seinem Schlussworte, daß der Verband als Genossenschaft sich nicht in einen politischen Kampf einlassen werde, weil man in jeder Beziehung neutral bleiben wolle, aber den Mitgliedern sei zu empfehlen, in ihren Parteien über den Einfluß zu verschaffen, daß die zu wählenden Abgeordneten nicht für Ausnahme Gesetze gegen die Konsumvereine stimmen. Der Konsumverein müsse sich als Volksgenossenschaft fühlen.

Gewerbe gerichte bestanden zu Ende vorigen Jahres in Preußen im ganzen 587. Reht man die Innungs-schiedsgerichte außer Betracht, so verbleiben 256 Gewerbe gerichte (darunter 5 Berggewerbe gerichte), von denen 177 örtliche Zuständigkeit hatten; weitere 20 bestanden für mehrere Gemeinden und 59 für größere Kommunalverbände. Diese Gewerbe gerichte verteilen sich auf die einzelnen Provinzen wie folgt: Rhein-proving 54, Westfalen 36, Hessen-Nassau 14, Hannover 21, Schles-wig-Holstein 14, Sachsen 22, Schlesien 37, Posen 9, Pommeren 10, Brandenburg mit Einschluß von Berlin 35, Westpreußen 9 und Ostpreußen 5. Bei den 251 Gewerbe gerichten wurden im Jahre 1910 60 548 und bei den 5 Berggewerbe gerichten 1814 Rechtsstreitigkeiten anhängig gemacht, davon blieben 2889 Klagen im Berichtsjahre unerledigt. In 350 durch Endurteil entschiedenen Streitfällen wurde Berufung an das Landgericht eingelegt. Die Gewerbe gerichte wurden in 129 Fällen als Einigungsamt angerufen, und zwar seitens der Arbeitgeber zweimal, seitens der Arbeitnehmer 44 Mal und von beiden Seiten in 77 Fällen. In 40 Fällen kam es zu einer Vereinbarung, ein Schiedsgericht wurde in 31 Fällen ausgesprochen und 6 Fälle verließen ohne Ergebnis. Dem Schiedsgericht unterwarfen sich beide Teile in 23 die Arbeitgeber allein in 3 und die Arbeitnehmer allein in 4 Fällen. Außerdem wurden auf diesbezügliche Ersuchen von Staats- oder Gemeindebehörden von 10 Gewerbe gerichten 12 Gutachten über gewerbliche Fragen abgegeben.

Aus der Metallindustrie. Die Maschinenfabrik Bolke in Bochum hat mit der Westfälischen Maschinenfabrik Guss-Woll in Neubeckum eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Bolke übernimmt 1/4 des Aktienkapitals von Woll. Das Baroper Walzwerk erzielte im Geschäftsjahr 1910/11 nach rund 109 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 518 000 M. Nach Abzug des aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbetrages von 286 000 M. blieben rund 232 000 M. wovon 12 Prozent Dividende gezahlt und 37 000 M. vorgezogen werden. Die Vereinigten Stahlwerke von der Rhoden und Wessener Eisenhütte u. S. haben im Geschäftsjahr 1910/11 (nach Abzug der Handlungsunkosten und Steuern) einen Reingewinn von M. 2 114 047 (im Vorjahre M. 1 897 090) nach Abzug der Abschreibungen von M. 659 981 (M. 657 324), der Anleiheinsen und der Aufweisung zum Hochofenerneuerungsfonds von M. 25 000 (0) verbleibt ein Reingewinn von M. 1 289 665 (M. 1 091 766). Dazu tritt der Gewinnvortrag von M. 1 019 474 (M. 1 049 151). Der Aufsichtsrat wird der Hauptversammlung vorschlagen 10% (10) Dividende zu verteilen; M. 120 000 einem neu zu bildenden Erneuerungsfonds für Werksanlagen zuzuwenden und M. 1 022 718 (M. 1 019 474) auf neue Rechnung vorzutragen. Der Aufsichtsrat der Vereinigten Maschinenfabriken von Gebr. Jungbans und Thomas Haller in Schramberg ergibt für 1910/11 nach Abschreibungen von 588 787 /M. einen Reingewinn von 867 967 M. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, eine Dividende von 8% (7%) zu verteilen, der ordentlichen Rücklage 33 333 M. (28 396 M.) und der außerordentlichen Rücklage 150 000 M. (50 000 M.) zuzuwenden. Nach Abrechnung von Gewinnanteilen und Wohnungen verbleibt ein Vortrag auf neue Rechnung von 115 355 M. Das Aktienkapital soll um 2 Millionen, auf 8 Millionen Mark erhöht werden. Die Wärslebener Maschinenbau-W. G. hat 1910/11 nach 151 570 M. Abschreibungen und 6000 M. Rückstellung für Einkommensteuer einen Reingewinn von 197 913 M. erzielt, aus dem wieder 4% Dividende verteilt werden. Die Rücklage erhält 7700 M. und 30 213 M. werden vorgezogen.

Mit einer Beschimpfung der evangelischen Kirche und Beleidigung des evang. Pfarrers Bogelsang auf einem offiziellen Maskenfest der Verwaltungsstelle Gersford des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hatten sich die Gerichte zu befassen. Die Veranlassung zu diesem Prozeß war nach der Köln. Ztg. folgende: Der Pastor Bogelsang hatte eine Schalkszulage erstritten, die, da sie über den Etat hinausging, durch ein besonderes Umlageverfahren gedeckt werden mußte. Darüber geriet man in der Gemeinde, trotzdem es sich nur um kleine Beträge handelte, in große Erregung. Um dieselbe Zeit waren nun auch Gerüchte verbreitet, die den Pastor in seiner Ehre stark angriffen. Die Krone aller Verunglimpfungen bildete ein Maskenball des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, auf dem die Masken eines Pastors und eines Dienstmädchens auftraten, die sich in unvertuschbarer und ehrenrühriger Weise auf Herrn Bogelsang bezogen. In der umfangreichen Beweisnahme wurde die vollständige Grundlosigkeit der verbreiteten Gerüchte festgestellt und die Besoumder verurteilt. Die Richter des Maskenball-„Scherzes“ wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, und zwar der Maschinist Steddes und der Heizer Schneiderei zu je drei, der Arbeiter Friedrichs zu einem Monat Gefängnis. Die „Metallarbeiterzeitung“ und die anderen roten Blätter, die die plattförmigen Wieder vom Begrüßungsabend der christlichen Bergarbeiter in Köln als „tölplich anstößig“ empfanden, nehmen natürlich an der schamlosen Verunglimpfung fremder Ehre auf roten Maskenfesten keinen Anstoß.

„Partei und Gewerkschaft sind eins“, sprach Bismarck, der Vorsitzende des deutschen Bauarbeiterverbandes, auf dem Kongreß der roten Gewerkschaften in Stuttgart. Wie das zu verstehen ist, beweist die Nr. 173 der sozialdemokratischen Düsseldorf-er Volkszeitung. Dort lesen wir: „Zum Reichstagswahlkampf hat die Organisation der Düsseldorf-er Bauarbeiter in ihrer letzten Generalversammlung den Betrag von 500 M. bewilligt und für eine eventuelle Stichwahl weitere 500 M. in Aussicht gestellt. Das Geld ist bereits abgeliefert. Hoffentlich findet diese Befundung der Solidarität auch in anderen Gewerkschaften Nachahmung.“

Woh dieser offenkundigen Beweise für den sozialdemokratischen Charakter der freien Gewerkschaften, stellt sich Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, auf dem diesjährigen roten Gewerkschaftskongreß in Dresden hin und erklärt mit her Miene des Biedermannes das Gegenteil. — Preisfrage: Wer hat nun geschwindelt?

„Christliche Gewerkschaften sind Zentrums-gewerkschaften“, brackelt die „Metallarbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 29. Als Beweis hierfür muß ihr eine Stelle aus der Rede des Zentrumsvizepräsidenten Spahn, des Vizepräsidenten des Deutschen Reichstages, herhalten. Dieser soll in einer politischen Rede in Godesberg unter den Vereinen, die sozialpolitische Aufklärung im Volke betreiben müßten, neben Volksvereinen für das katholische Deutschland und Arbeitervereinen auch die christlichen Gewerkschaften genannt haben. Das soll man ein Beweis dafür sein, daß die christlichen Gewerkschaften „Zentrumsorganisationen“ wären. So ein Unfug! Sozialpolitische Aufklärung und Schulung der Mitglieder ist

eine Tätigkeit, die sich mit parteipolitischer Neutralität durchaus verbinden läßt und die auch in den christlichen Berufsverbänden schon seit deren Bestehen betrieben worden ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Arbeit — die häufig im Gegensatz zur sozialdemokratischen Verheißung stehen muß — den bürgerlichen Parteien, nicht allein dem Zentrum, sondern auch den Nationalliberalen, Konservativen, Christlich-Sozialen usw., zugute kommt, wenigstens indirekt. Die Gegner der christlichen Gewerkschaften haben bisher noch kein Material bezubringen vermocht, wonach christliche Gewerkschaftsführer in christlichen Gewerkschaftsversammlungen oder die christliche Gewerkschaftspressen einseitig für eine unter den bürgerlichen Parteien Propaganda gemacht hätten. Und Wahlgelber sind auch noch keiner Partei von den christlichen Gewerkschaften zugesprochen. Im übrigen können die christlichen Gewerkschaften mit Zug und Recht fordern — was jede Partei- und Organisationsgruppe für sich reklamiert — daß man sie nach den programmatischen Äußerungen ihrer führenden Presse und leitenden Personen und nicht nach gelegentlichen Bemerkungen anderweitiger Kreise beurteilt. Auch Ungeordneter Spahn wird nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, der zuständige Interpret der christlichen Gewerkschaften zu sein. Die waren, sind und bleiben parteipolitisch neutral, soweit alle bürgerlichen Parteien des Deutschen Reiches in Betracht kommen, ob nun gegnerische Blätter mit Beharrlichkeit das Gegenteil behaupten und sehnüchlich nach Beweisen suchen oder nicht. — Mit dem Verweis der „Metallarbeiterzeitung“ ist's also mal wieder Effig.

Das Endziel des Sozialismus ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Man sollte nun glauben, die sozialdemokratischen Massen würden in diesem Sinne erzogen und handelten benennenswerten. Auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Gewerkschaftshäuser wäre hier wirklich Gelegenheit zur Betätigung. Da aber zeigt die Erfahrung das Gegenteil. Nicht einmal die Berliner Genossen, worunter eine Viertelmillion freiorganisierter Arbeiter, sind für praktische Vergesellschaftung zu haben. Wie die Berliner Morgenpost vom 12. Juli 1911 meldet, hat das Berliner sozialdemokratische Gewerkschaftshaus regelmäßig ein größeres Defizit zu verzeichnen. Im letzten Jahre schloß es mit einem solchen von 6523 M. ab, im Jahre 1909 waren es gar 17 911 M. Dabei zahlten die Gewerkschaften noch für das Verbergewesen einen Zuschuß von 11 146 M. Die Restsumme muß teilweise von den sozialdemokratischen Gewerkschaften Berlins gedeckt werden. Als Grund für diese unbedingenden Geschäftsergebnisse wird mangelhafte Frequenzierung des Lokals seitens der organisierten Arbeiterschaft angegeben. Die Berliner Genossen rühmen sonst ihren Korpsgeist über den Schellenkönig. Auf Vorhandenes brauchen sie sich aber wahrlich nichts einzubilden. Das ist ein Anknüttzeugnis der kläglichsten Art. Die Wurzel des Übels liegt in den unzähligen sogenannten Parteibüchlein, deren Inhaber aus der Parteizugehörigkeit ein Geschäft machen und so die Vergesellschaftung hintanhalten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zum Kampf auf der Schichauwerft in Danzig.

Auch die Elbinger Arbeiterschaft der Firma Schichau hat nunmehr zu der Bewegung in Danzig Stellung genommen. Am Donnerstag den 27. Juli fand in Elbing im Saal und Garten des Gewerbehauses eine Versammlung statt, die von 3500 Personen besucht war. Nach Referaten der Vertreter der drei beteiligten Organisationsrichtungen, wurde nachstehende Resolution einstimmig und unter stürmischen Beifallskundgebungen angenommen:

„Die am 27. Juli im Saale und Garten des Gewerbehauses zu Elbing versammelten Arbeiter der Firma Schichau in Elbing erklären:

Wir haben Kenntnis genommen von der Veranlassung, dem Verlauf und gegenwärtigen Stand der Bewegung, in der seit 16 Wochen die Arbeiter der Schichauerwerft in Danzig befuß Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen stehen.

Wir erklären, daß diese Bewegung im höchsten Maße gerechtfertigt war und ist, und daß die eingetragenen Forderungen das Mindestmaß dessen enthalten, was der Arbeiter im Interesse der Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitskraft, im Interesse seiner Familie und im Interesse des Staates und der Gesellschaft unter den heutigen Zeitverhältnissen unbedingt fordern muß.

Die Arbeiter der Schichau-Werft in Danzig stehen uns besonders nahe, weil sie demselben Unternehmen dienen, dem auch wir Elbinger Arbeiter unsere Kräfte widmen.

Wir sprechen den Danziger Arbeitern der Firma Schichau unsere Anerkennung und Belohnung aus für die Entschlossenheit und Standhaftigkeit, für die Furcht und Ordnung, mit der sie den Kampf um die gerechte Sache geführt haben und führen.

Wir bedauern, daß ihre Bereitwilligkeit auf dem Wege der Verhandlung den Kampf zu vermeiden und nach feinerer Ausbuchtung zu beenden, seitens der Firma Entgegenkommen nicht gefunden hat.

Wir erkennen an, daß die Danziger Arbeiterschaft der Firma Schichau nicht nur für sich, sondern auch für uns Elbinger Arbeiter kämpft.

Dieselben Forderungen, welche die Danziger Arbeiter der Firma Schichau eingereicht haben, müssen aus denselben Gründen auch die Elbinger Arbeiter stellen; denn auch für uns ist eine den Zeitverhältnissen entsprechende Aufbesserung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Anord- und Ueberzeitarbeit unbedingt erforderlich.

Wir erklären darum, daß unsere Danziger Mitarbeiter und Arbeitsbrüder unsern warmsten Dank und unsere tatkräftige Unterstützung verdienen, und daß wir bereit sind, mit allen gesetzlichen und moralischen Mitteln der gerechten Sache zu dienen.

Wir fordern die Vertreter der Organisationen auf, die im Interesse der Arbeiter stehenden Maßnahmen zu beraten und einer neu einzuberufenden Versammlung der Arbeiter der Firma Schichau in Elbing die Beschlüsse der Organisationsvertreter zu unterbreiten.

Wir erklären hiermit, daß wir die Verzichtigung von Streikarbeit unter allen Umständen verweigern.

Wir fordern alle noch nicht organisierten Kollegen auf, unverzüglich sich der Organisation anzuschließen, um im Verein mit den Danziger Kollegen für die gemeinsame Sache mit Nachdruck einzutreten.“

Durch diese Versammlung, deren starken Besuch und äußerst imposanten Verlauf ist ersichtlich, daß die Elbinger Arbeiterschaft solidarisch hinter den Forderungen der Danziger Kol-

gen steht. Es ist anzunehmen, daß die Elbinger Kollegen es eventuell nicht bei einer platonischen Liebeserklärung bewenden lassen und insofern hat diese Kundgebung für die Arbeiterschaft der Schichauwerke eine neue, günstigere Situation geschaffen.

Düsseldorf. Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit (siehe Nr. 29) ist auch in dieser Woche wiederum zugunsten der Arbeiter vorwärts geschritten. Zwar hat die Verwaltungsstelle einen schwierigen Stand, um den vielen notwendig werdenden Versammlungen bei einer tropischen Hitze von 28 bis 33 Grad K. gerecht werden zu können. In einer Reihe von Werken mußte wiederum die Kündigung eingereicht werden. Immer ist jedoch noch möglich gewesen, kurz vor Vorentscheid eine Einigung zu erzielen. Nur in einem Falle sind die Kollegen aus der Arbeit gegangen. Als jedoch die Konkurrenzfirma noch mehr bewilligen konnte als gefordert war, konnte auch diese Firma die beschriebenen Wünsche der Arbeiter bewilligen. Nur einige Rathen Firmen (Sach und Gebr. Poensgen) scheinen der Meinung zu sein, daß eine Arbeitszeitverkürzung selbst bei dem schlechtesten Anord-system noch von den Arbeitern herausgeholt werden kann. Dies ist insbesondere bei der Firma Sach der Fall, wo die Arbeiterschaft überhaupt nicht weiß, welchen Preis es für die Arbeit gibt. So behauptet der Meister immer, schon wieder müsse er zuschreiben, dies könne nicht so weitergehen. Die Firma Gebr. Poensgen glaubt außerdem noch die geforderten Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit abwälzen zu können. Danach soll nicht allein die verkürzte Arbeitszeit herausgeholt werden, soll der Anord-arbeiter noch auch die Zuschläge für sich und ca. 13 Hilfsarbeiter herausholen. Die Arbeiterschaft glaubte immer noch, bei einer sehr humanen Firma zu arbeiten. Sie wurde jedoch bitter enttäuscht, wie folgender Vorfall beweist. Ein dort 15 Jahre beschäftigter Arbeiter melbete sich krank, lag einige Tage zu Bett und wurde hierauf von einem Mitarbeiter besucht, der im Auftrage des Meisters kam, um den Kollegen zu veranlassen, doch nach Möglichkeit die Arbeit wieder aufzunehmen; er wurde nun auch gleich mit Ueberarbeit beauftragt. Die letzte er unter Hinweis auf seine Krankheit ab.

Zwei Tage darauf wiederholte der Meister sein Angebot und wiederum lehnte der Arbeiter ab. Am anderen Morgen erhielt er wegen Verweigerung der Ueberstunden die Kündigung. Ob eine besondere Liebenswürdigkeit des Meisters vorliegt mit dem Zweck, einen langjährig beschäftigten Arbeiter heraus zu arbeiten, vermögen wir nicht anzugeben. Die Arbeiterschaft glaubt jedoch, daß durch ein derartiges Vorgehen der Friebe nicht erhalten bleibt und hat in einer nachfolgenden Versammlung einstimmig den Beschluß gefaßt, jede Ueberstunde zu verweigern. Die Hälfte aller Werke haben die Forderungen der Arbeiter anerkannt. Daher macht es einen geradezu eigentümlichen Eindruck, wenn der Arbeitgeberverband folgende Mitteilung in der Presse veröffentlicht:

„Zur Metallarbeiterbewegung. Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat hier heute (28. 7. 11) eine Sitzung abgehalten. Es wurde einstimmig beschlossen, den im Kampfe mit den Gewerkschaften stehenden Düsseldorf-er Maschinenfabriken und Eisengießereien den Schutz des Verbandes in vollem Umfange zuteil werden zu lassen.“

Was der Unternehmerverband hiermit bezweckt, ist sehr unklar gehalten. Soll es nur eine Drohung sein, so dürfte dieselbe reichlich spät kommen, da die Hälfte der Werke die Forderungen bereits anerkannt und größtenteils durchgeführt haben. Wenn nun der Arbeitgeberverband glaubt, die organisierte Arbeiterschaft würde die anderen Werke verschonen, welche auf die höfliche Anfrage keine Antwort finden konnten, so irrt er ganz gewaltig. Wir sind es den Werken, die die Forderungen bewilligten, aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit, daß auch bei den anderen Firmen die Forderungen durchgeführt werden, damit die Angelegenheit einheitlich geregelt wird. Darüber sollte sich doch auch eine betrieblige Interessengruppe freuen. Was will also der Arbeitgeberverband? Glauben die Herren vielleicht, die hitzigen Verhältnisse gestatten den betreffenden Firmen nicht, die kleinen Forderungen der Arbeiter durchzuführen. Damit werden sie kein Glück haben. Es diesfalls zu einer Aussperrung treiben zu wollen, würde geradezu brutal sein. Es hieße die Macht der Organisationen, auch die der Arbeitgeber mißbrauchen, daher market die hitzige Metallarbeiterchaft in aller Ruhe die kommenden Dinge ab und arbeitet weiter an der Durchführung der gestellten Forderungen. Die Behre der verstärkten Werbetätigkeit für unsern Verband werden die Vertrauensleute und Mitglieder wohl aus diesen Vorgängen ziehen.

Menden. Bei der Firma Reunwalzwerk in Börsperbe stehen die Drahtweber nun seit 14 Tagen im Streik. Die Forderung der Streikenden ist eine mustergültige. So wie die Kollegen die Kündigung beschlossen, ebenso einmütig vertieken sie auch den Betrieb. Eine äußerst stark besuchte Betriebsversammlung der Arbeiter beschloß sofort, jegliche Streikarbeit zu verweigern und unter keinen Umständen irgend etwas zu tun, was den Interessen der Streikenden entgegen ist. Zur Unterbügung der Kollegen in der Drahtweberei haben noch weiter die Kollegen des Grobzugs ebenfalls ihre Kündigung eingereicht. Das gleiche ist der Fall bei den Kollegen der Metallindrieerei. Die der ersten Abteilung haben am Samstag den 30. Juli ebenfalls den Betrieb verlassen. Die Firma hat des weiteren die Kollegen des Fein- und Krappzugs, die sich weigerten, fremden Draht weiter zu verarbeiten, entlassen. Desgleichen hat sie einen großen Teil derjenigen sofort aus dem Betrieb entfernt, welche die Leistung von Streikarbeit verweigerten. Selbstmotive geschah das aber nicht bei allen. Der Zweck der Uebung ist gar zu durchsichtig, man glaubt damit, Unentschiedenheit in die Reihen der Kollegen hineintragen zu können. Doch werden auch diese Maßnahmen nicht den erwünschten Erfolg haben. Die Kollegen sind fest entschlossen, unter allen Umständen den Streikenden den Rücken zu stärken. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir einem ehrenvollen Frieden abgeneigt wären. Im Gegenteil, die Streikenden haben wiederholt in der Öffentlichkeit und auch in ihrer Versammlungen erklärt, daß sie zu Verhandlungen jederzeit bereit sind.

So wie die Dinge jetzt liegen, kann man sich der Auffassung nicht erwehren, daß der neu gegründete Arbeitgeberverband für Menden und Umgegend es unter allen Umständen zu einem größeren Kampfe kommen lassen will. Ob man eine Aussperrung beabsichtigt, ist nicht sicher, jedoch nicht ausgeschlossen. Das eine steht aber fest, daß der Arbeitgeberverband hinter der Firma Reunwalzwerk steht und mit allen Mitteln zu Zwangsarbeit sucht, daß der Kampf für die Arbeiter verloren gehen soll. Jedoch glauben wir nicht, daß die Arbeitgeber in diesen

Marz. Das ist unstreitig eine schöne Gewinnsteigerung für die Herren Aktionäre. Und die Arbeiter? Die können wirklich nicht von einer derartig schönen Steigerung ihrer Löhne berichten. — Unsere Kollegen auf der Maghütte werden gut tun, wenn sie gelegentlich die unserer Sache noch fernstehen, besonders auch die Geissen, auf die obigen Zahlen hinweisen. Vielleicht kommen dann auch diese endlich einmal zur Einsicht, daß sie durch Ausschluß an den christlichen Metallarbeiterverband für eine Verschärfung ihrer Lage sorgen müssen.

Essen. (Klempner und Installateure.) Die Ortsverwaltung Essen des christlichen Metallarbeiterverbandes hatte auf Donnerstag den 20. Juli eine öffentliche Klempner- und Installateurversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Vorgänge beim letzten Klempnerstreik und die Wahrheit über die am 5. Januar geständige Gesellenausschuhwahl“, und freier Diskussion. Veranlassung zu dieser Versammlung gaben die unwahren Behauptungen der hiesigen Ortsleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und der hiesigen roten „Arbeiterzeitung“ über das Verhalten der christlich organisierten Klempnergesellen beim letzten Klempnerstreik und der Gesellenausschuhwahl. Gewerkschaftssekretär, Kollege Pabberg, der über die Einzelheiten des letzten Streiks im vorigen Jahr genau unterrichtet war, erklärte in ruhiger, sachlicher Weise die verschiedenen Vorkommnisse. Als bei der Firma Moritz wohl ein Tarifvertrag abgeschlossen worden sei, hätte der christliche Metallarbeiterverband noch 8 Kollegen im Streik gehabt und nicht 2, wie in der „Arbeiterzeitung“ behauptet wurde. Selbstverständlich hätte der christliche Metallarbeiterverband es nicht nötig, erst beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband anzufragen, wieviel Gehilfen in Arbeit treten dürften. Nach Beendigung des Streiks sei dann am 5. Januar eine Neuwahl des Gesellenausschusses von der Zünung angelehrt worden. Daß hier die sozialdemokratische Liste unterlegen sei, sei nicht, wie die „Arbeiterzeitung“ behauptete, auf Schiebungen der christlichen Gewerkschaftler zurückzuführen. Redner erläuterte eingehend die einzelnen Vorkommnisse bei der Wahl. Vollständig korrekt hätten hier die christlichen Gewerkschaftler gehandelt. Wenn nicht allen Gehilfen eine Legitimation ausgestellt worden sei, könne doch der christliche Metallarbeiterverband hierfür nicht verantwortlich gemacht werden. Da aber nach der Wahl eine wüste Hefe gegen die christlich organisierten Klempnergesellen in Szene gesetzt worden sei, die mit der Wahrheit in trauem Widerspruch stehe, sei es notwendig, vor aller Öffentlichkeit die unehrliche Kampfweise des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes klarzustellen.

In der Diskussion wurde zunächst ein Artikel der „Arbeiterzeitung“ verlesen, in dem die Metallarbeiter aufgefordert werden, der Versammlung fernzubleiben. Trotzdem waren einige Gewissen, etwa 22 bis 24, in der Versammlung erschienen. Da der Referent 50 Minuten geredet hatte, wurde einem ihrer Redner ebenfalls 50 Minuten Redezeit zugesichert. Über statt die den christlich organisierten Klempnern vorgeworfenen „Schandtaten“ zu beweisen, verlegte man sich auf Vermutungen. Auch nicht einen einzigen Beweis konnte man erbringen. Wenn man bedenkt, daß die Hauptschreier beim Klempnerstreik in der Versammlung anwesend waren, und daß sie, trotzdem sie die Verhältnisse kannten, nichts vorzubringen wußten, kann man ruhig behaupten, daß Verleumdungssucht seitens der roten die Triebfeder für ihre Handlungweise war. In der Versammlung glaubte auch ein früherer Kruppischer Klempner christlich organisierte des Demunzierens zeihen zu können. Sofort wurde diesem Diskussionredner 50 M. geboten, wenn er einen christlich organisierten bei Krupp namhaft machen könne, welcher ihn demunziert habe. Aber der Gewisse gab sich nicht die Mühe, die 50 M. zu verdienen. Verleumden ist also die Hauptsache.

Dann wurden vom Kollegen Gröbe die Titulationen „Zentrumsgewerkschaften“, „Streikbrechergebilde“, „Unternehmerrgünstlinge“ ins rechte Licht gerückt. Aber auch hier blieb man die Antwort vollständig schuldig. Man sagte einfach: „Wir haben keinen Beamten hier, und wir sind nicht in der Lage, hierauf zu antworten.“ Die alte Melodie. Mit Verdächtigungen ist man rasch bei der Hand, sobald aber Rede und Antwort gestanden werden soll, dann knien die Gewissen.

Am Schluß wurde eine im Sinne des Referenten gehaltene Resolution angenommen. Noch vor der Abstimmung erwähnten die Gewissen der „Tapferkeit“ besten Teil, nämlich die Flucht. Mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband wurde die von über 100 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Differdingen. (Suzenburg.) Das Lothringisch-Suzenburgische Minettegebiet ist unbestreitbar eines der entwicklungsstärksten Industriezentren des deutschen Reiches. Neue große Montanwerke, welche Tausende von Arbeitern beschäftigen, schließen gleichsam wie Wälder aus der Erde. Für unseren christlichen Metallarbeiterverband ergibt sich daraus die Notwendigkeit, auch in diesem Gebiet festen Fuß zu fassen. Leider aber fehlt es hier an den meisten Orten noch an Kollegen, die gewillt und befähigt sind, die Leitung einer Zählstelle in die Hand zu nehmen. Eine erfreuliche Ausnahme in dieser Hinsicht ist Differdingen. Hier haben wir bereits einen Stamm befähigter Kollegen, die es trotz der schwierigen Verhältnisse verstanden haben, eine stattliche Anzahl von Kollegen um die Fahne unseres Verbandes zu sammeln.

Am 16. Juli veranstaltete die Zählstelle einen Familienabend, zu dem auch die Frauen zahlreich erschienen waren. Hauptzweck dieser Veranstaltung war hauptsächlich die Förderung des kollegialen Zusammenarbeitens und das geistliche Bestreben, auch die Frauen einmal mit unseren Ideen vertraut zu machen. In trefflicher Weise besorgte das der Redner des Abends, unser Kollege Werner aus Duisburg. Auch unsere Frauen werden nur in der Folge Wert und Zweck unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu würdigen wissen und die Kollegen werden jetzt, neu begeistert, mit doppelter Energie die Werbart für unsere Sache betreiben. Unsere Parole ist jetzt: Mit Mut voran zur weiteren Stärkung unserer Reihen. Beharrlicher Arbeit winkt der sichere Erfolg.

Aus dem Saarbezirk. Wie schwer es oft für unsere Glättenarbeiter ist, im Falle der Invalidität oder nach Erleiden eines Betriebsunfalles zu ihrem Rechte zu kommen, wurde schon des öfteren an dieser Stelle dargelegt. Ueber einen bezüchternen Fall dieser Art wird neuerdings wieder aus Brebach berichtet. Der Arbeiter A. aus Differdingen hatte am 5. August 1909 auf der Halberger Hütte einen Unfall erlitten. Die Südwesfälische Eisen-Berufsgenossenschaft bewilligte ihm dafür nach Ablauf des vorläufigen Krankheits-

prozesses eine Teilrente von sage und schreibe 10 Prozent, trotzdem A. noch vollständig erwerbsfähig war. Die Berufsgenossenschaft schickte sich bei Bemessung dieser Rente auf die Gutachten von 6 Ärzten, darunter eines des Knappschafszarztes Dr. Baentsch-Brebach, worin A. als Simulant hingestellt wurde. Trotz eines beigebrachten Gegengutachtens des Herrn Professor Dr. Fischer-Sträßburg erkannte das Schiedsgericht und auch das Reichsversicherungsamt im Sinne der Berufsgenossenschaft und der Berufsgenossenschaftsärzte.

A. stellte daraufhin den Antrag auf Gewährung der Knappschafsz- und der Reichs-Invalidentrente. Obwohl nun mittlerweile durch ein neues Gutachten von Prof. Dr. Fischer, sowie durch weitere Gutachten der Ärzte Dr. Bauer-Sträßburg und Dr. Kallefeld-Saarbrücken festgestellt war, daß A. an chronischem Schias leidet und er um 80 Prozent erwerbsunfähig sei, wies der Vorstand des Brebacher Knappschafszvereins den Antrag ohne weiteres unter Berufung auf das Gutachten des Knappschafszarztes Dr. Baentsch ab. Wegen dieses Bescheides wurde Berufung beim Schiedsgericht für Knappschafszangelegenheiten in Bonn eingelegt mit dem Antrage, seitens des Schiedsgerichts ein ärztliches Obergutachten einholen zu lassen. Das Schiedsgericht gab diesem Antrage statt und forderte ein Gutachten von Herrn Prof. Dr. Kumpff in Bonn ein. Hierin wurde dann wiederum bezeugt, daß A. an Schias leide und zu Hüttenarbeiten unfähig sei. Dementsprechend verurteilte denn auch das Schiedsgericht in seiner Sitzung vom 23. Juni 1911 den Brebacher Knappschafszverein, A. die als Januar 1910 zu zahlen. A. erhält somit eine Nachzahlung von etwa 500 M. Die Reichs-Invalidentrente dürfte er ebenfalls in den nächsten Wochen ab Januar 1910 zugesprochen erhalten.

So bedurfte es eines 1½jährigen zähen Kampfes, bis dem Arbeiter sein Recht wurde. Während dieser Zeit mußte sich der Mann mit seiner Familie mit der 8 Mark monatlich betragenden Unfallrente durchzuschlagen suchen. Es war also wirklich an der Zeit, daß die Kruppfrage, resp. Gutachtenfrage durch die Reichsversicherungsordnung eine anderweitige Regelung erfuhre. Erwähnt sei noch, daß der Arbeiter A. Mitglied unseres Verbandes ist und ihm sein Recht durch unser Saarbrücker Bezirkssekretariat erlangt wurde. Für die unsern Verbands noch fernstehende Metallarbeiterchaft aber zeigt dieser Fall wieder so recht, wo sie hingehören, wenn sie ihre Interessen mit Nachdruck gewahrt und vertreten lassen wollen. Mögen sie sich nunmehr zahlreich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, denn der ist für sie die berufene Organisation zur Wahrung und wirksamen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Gröbenz. lieber das Thema: „Deutschland, Wohnarbeiterschaft und Gewerkschaftsbewegung“ sprach Kollege Winter-Berlin in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, die am 18. Juni hier stattfand. Aus dem Gedankengang des Referats heben wir folgendes hervor: Der Umsatz, der von etwa 13 Millionen in Handel, Gewerbe und Industrie tätigen Personen gegen 2,5 Millionen organisiert sind, beweist, daß die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit im Lager der Arbeiter schon sehr weite Kreise erfaßt hat. Die Organisation der Arbeiter ist im Verlaufe der Zeit derart erstarkt, daß sie anfängt, auf die deutsche Volkswirtschaft Einfluß auszuüben. Diese Erkenntnis ist für die Arbeiterchaft gewiß erfreulich, mahne aber auch gleichzeitig zu großer Verantwortlichkeit. Deutscher Fleiß und die deutsche Wirtschaftspolitik hätten zuzugeben, daß durch eine blühende Industrie und Landwirtschaft der Wohlstand des gesamten Volkes sich sehr gehoben habe. Müßten noch im Jahre 1882 209 000 deutsche Landesbürger auswandern, weil sie im Vaterland keine Arbeit und kein Brot fanden, so sei jetzt die Auswanderungsziffer soweit gesunken, daß sie 1908 nur noch 19 000 betragen habe. Dagegen arbeiten jetzt sogar etwa 1 Million Ausländer in Deutschland.

Die deutsche Industrie, die etwa 2/3 des deutschen Volkes ernähre, gegenüber dem 1/3 in der Landwirtschaft, müsse derart entwickelt werden, daß sie etwa 85 Prozent des jährlichen, zirka 1 Milliarde betragenden Volkswirtschafts Arbeitsgelegenheit biete. Die Verwirklichung dieser Aufgabe sei schon deswegen sehr schwer, weil die deutsche Industrie sowohl hinsichtlich des Bedarfs an Rohmaterialien wie auch in bezug auf die Fertigfabrikate sehr stark vom Auslande abhängig sei.

Die gewaltige deutsche Eisenindustrie, die etwa 2,2 Millionen Arbeiter beschäftigt und das Rückgrat der deutschen Gesamtindustrie darstelle, beziehe das Eisen zum größten Teil von Schweden und Spanien. Auch Kupfer, worauf unsere großartige Elektrizitätsindustrie basiere, hätten wir in Deutschland nur in geringem Maße. Baumwolle, die in der mehr als 1 Million Personen beschäftigenden deutschen Textilindustrie in ungeheuren Mengen gebraucht werde, müßten wir vor den tropischen Ländern beziehen. Nur in Kohlen sei Deutschland sehr reich. Diese an sich unerfreulichen Tatsachen hinsichtlich der Lebensbedingungen unserer Industrie können auch von der Sozialdemokratie nicht abgesehen werden. Ja, im Lichte dieser Tatsachen lösen sich die sozialdemokratischen Zukunftsstaatsphantasieren in ein Nichts auf.

Nur durch den außerordentlichen Fleiß, den sowohl die Hand- wie auch die geistig arbeitenden Faktoren, die in der deutschen Industrie tätig seien, angewandt hätten, sowie durch die zweckentsprechende deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik sei der gegenwärtige Wohlstand Deutschlands, an welchen zwar noch ungenügend, aber doch auch in steigendem Maße die deutsche Arbeiterchaft Anteil nehme, möglich geworden. Deutschland nehme heute wirtschaftlich, politisch wie militärisch eine Weltmachtsstellung ein; die eine dieser Eigenschaften sei durch die andere bedingt und nötig. Diese Weltmachtsstellung für Deutschland hochzuhalten, müsse das eifrigste Bestreben aller um den zukünftigen wirtschaftlichen Wohlstand unseres Volkes beständig sein. Da die Arbeiterchaft, bzw. die von Lohn und Gehalt Lebenden mit ihren Familienangehörigen etwa 75 Prozent des gesamten deutschen Volkes darstellen, die Arbeiterorganisationen einen ständig stärker werdenden Einfluß auf unsere Wirtschaftspolitik ausüben, muß das kulturell verheerende Massenlumpensystem der Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiter selbst über Bord geworfen werden. Anstelle dessen muß die Gewerkschaftsbewegung zwischen Arbeiter und Unternehmer treten, wie diese von der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung erstrebt wird. Natürlich nicht in dem Sinne, daß der Arbeiter dabei in irgend welcher Weise benachteiligt werde. Die Zeiten, wo man in den Arbeiterkreisen unter dem Vorwand zu setzen glaubte, sich un- wiederbringlich vorbel. Unternehmer- und Arbeiterorganisationen müssen sich durchdringen von dem Gedanken, dem gesamten Volksinteresse zu dienen, in einer Weise über alle

differierenden Punkte verständigen, daß die Gesamtheit dadurch keinen Schaden erleidet.

Wird Deutschland im heißen Konkurrenzkampf mit andern Ländern vom Weltmarkt verdrängt, dann wird Not und Arbeitslosigkeit für die Gesamtheit die Folge sein. Dies zu verhindern liege im Interesse aller, die es ernstlich mit den Interessen unseres gesamten Volkes meinen. Redner ging darauf des näheren auf die Bestrebungen der Bodenreform ein, die darauf hinstielen, dem Boden den verhängnisvollen Charakter des Spekulationsobjektes zu nehmen. Er zeigte andererseits, wie die Sozialdemokratie, ebenso wie bei den sozialen Versicherungsgesetzen, auch bei den gesetzgeberischen Maßnahmen gegen den Bodenwucher völlig versagt und statt dem Interesse der Arbeiter, demjenigen des Spekulationskapitals gebiehe habe.

Wenn die sozialdemokratischen Organisationen fortfahren, ihre unverantwortliche, das gesamte Volkswohl in Gefahr bringende Agitation weiter zu treiben, dann wird die deutsche Arbeiterchaft das Zustandekommen arbeitserfreundlicher Gesetze in Zukunft kaum mehr verhindern können. Das wirksamste Mittel gegen solche reaktionäre Bestrebungen sei möglichste Ausbreitung und Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. — In der Diskussion des mit großem Interesse aufgenommenen Vortrages beteiligte sich auch der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verbandsausleiter Schulz aus Elbing. Er wußte nichts anderes anzuführen als: Christliche Gewerkschaften sind „Zentrumsabhängig“, von „Waffen“ gegründet. Dann faselte er etwas von der Reichsversicherungsgesetzgebung und Verteuerung der Lebensmittel und empfahl den Ausschluß an den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Im Schlußwort wurde dem Herrn die richtige Antwort zuteil.

Kollegen von Gröbenz, in letzter Zeit habt ihr ganz schön Fortschritte zu verzeichnen; jetzt durch eifrige Agitationsarbeit, daß unser Verband so stark wird, daß er einen ehrenvollen Platz unter den Graubirger Metallarbeitern erhält. Dazu ist unablässige Werbearbeit nötig.

Sterbetafel.

Röln-Chrenfeld. Am 21. Juli verstarb unser Kollege Heinrich Widen, Schlosser, im Alter von 20 Jahren, infolge eines Unglücksfalles.
Mülheim-Rhein. Unser langjähriger Kollege Wilh. Wader, Drahtzieher, starb am 23. Juli im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 22. Juli starb unser Mitglieb Wilhelm Hövelborn, im Alter von 17 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Wenden. Am 22. Juni starb unser Kollege Kaput Ebel im Alter von 39 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 10. Juli starb unser eifriger Vertrauensmann Johann Görke im Alter von 45 Jahren an Lungentuberkulose.

Solingen. Am 22. Juli starb unser Kollege Jakob Hestrich nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 44 Jahren.

Stolberg. Am 26. Juli starb unser treuer Kollege Franz Schlepütz im Alter von 54 Jahren an Lungentuberkulose.

Ehrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen!
Veräunnt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Samstag, den 5. August:
Berlin-Moabit. Im Lokal Bergmann, Oldenburgstraße 8.
Boele-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Schirmann.
Dortmund-Dorffsch. Nachm. 6 Uhr bei Sturm.
Gelsenkirchen-Neustadt. Abends 8 Uhr bei Masius.
Hamburg. Bei Schröder Talstr. 97 mit Vortrag.
Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Herrenstr. 34 a; sod her Abrechnen der Vertrauensmänner mit dem Hauptkassierer.
Röln-Stadt. Abends punkt 9 Uhr im Biererei Breitestr. 114.
Röln-Stadt. Abends punkt 9 Uhr bei Hütingberg, Breuerstraße.
Mettbrunn. Abends punkt 8 Uhr bei Greger Fritz, Breitenhan 8.
Oelde. Abends 8.30 Uhr bei Sommer.
Waderborn. Abends 8.30 Uhr für Klempner und Installateure, Wasserfont 1.
Stuttgart. Abends 8.30 im römischen König, Golastraße 3.
Sonntag, den 6. August:
Altenbagen. Vorm. 11 Uhr bei Steinhaus.
Bonn. Bei Wirtz, sehr wichtig, feste niemand!
Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr im Paulushaus, General-Versammlung der Verwaltungsstelle. Bilderkontrolle.
Duisburg-Laar. Morgens 11 Uhr bei Janien, Kaiserstraße.
Duisburg-Neudingen. Vorm. 11 Uhr bei Schmidt, im Parlament.
Duisburg-Großenbaum. Vorm. 11 Uhr bei Sedentel, Sittardsberg.
Dortmund-Weimar. Nachm. 6 Uhr bei Hoff.
Eisen-Dröbverwalt. Quartals-Generalversammlung 10.30 Uhr im Vereinshaus, Unterdorfstr. C. B.
Hamborn. Nachm. 2.30 Uhr bei Janikulte, Provinzialstraße.
Röln-Dumboldt-Kolonie. Morgens 11 Uhr bei Gut, Wasserstraße.
Röln-Wingst. Morgens 11 Uhr bei Flohe.
Röln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Fahlender, Hauptstraße 28.
Röln-Schneideweide. Morgens 11 Uhr bei Groh.
Röln-Groenfeld. Abends punkt 9 Uhr bei Norddörfer, Kesterstraße.
Waderborn. Vorm. 11 Uhr für Schloffer und Dreger, Wasserfont 1.
Schwab-Gemünd. Alle Sektionen beteiligen sich an Waldfest.
Zwele a. S. Nachm. 3 Uhr im brannen Glück Versammlung zur Feier des 10-jährigen Bestehens. Redner: Kollege Zugowich, Bentrath.
Trier. Vorm. 11 Uhr bei Ströhen an der Meertagtasern.
Mittwoch, den 9. August:
Hensburg. Abends 8.30 Uhr bei C. Rabe, Marienstr. 1. — Vortrag.
Donnerstag, den 10. August:
Erfenschwid. (Zechenmetallarbeiter) 7 Uhr bei Witme Weiler.
Samstag, den 12. August:
Altenörbe. Abends 8.30 Uhr bei Deeser.
Gerdecke. Abends 8.30 Uhr bei E. Schwärz.
München. Abends 8 Uhr in der „Leopoldshaus“, Genesfelderstraße.
Stuttgart-Buffenhausen. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
Sonntag, den 13. August:
Düsseldorf-Herd. Vorm. 11 Uhr bei Daniels, Kreselbergstraße.
Düsseldorf-Gler. Vorm. 11 Uhr bei Gaevel, Gumberstraße.
Röln-Indenthal. Morgens 11 Uhr bei Sabelter, Bagenerstraße.
Röln-Merheim bei Rall. Morgens 11 Uhr bei Schumacher.
Röln-Rath-Geumar. Mittags 1 Uhr bei Klein.
Mülheim-Oberhausen-Sierfrade. Nachmittags 4 Uhr Generalversammlung der Ortsverwaltung bei Kemmerling, Oberhausen Gde König, und Dippelstraße.
Oer. Abends 8 Uhr bei Bod.
Waderborn. Vorm. 11 Uhr für beide Sektionen.
Mainz. Die Mainz besuchenden Verbandskollegen machen wir darauf aufmerksam, daß unser Verkehrs- und Versammlungslokal sich jetzt bei Kollege Weeser, „Zum Karmeliter“, Karmeliterstraße 13 befindet.